

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 63 (1983)
Heft: 10

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ferdinand Hodler

Zur Ausstellung im Kunsthaus Zürich (bis 23. Oktober 1983)

Die Zürcher Hodler-Ausstellung, die vorher in Berlin und Paris gezeigt wurde, ist der – vorläufige – Höhepunkt einer intensiven Auseinandersetzung mit diesem Maler in den letzten Jahren. Sie hat ganz offensichtlich eine Neueinschätzung innerhalb der europäischen Kunstgeschichte (und, wie es scheint, auch im Kunsthandel) bewirkt. Zwar hat Hodler nie aufgehört, als der «schweizerischste» Maler zu gelten, aber dies hat die Sicht auf die wahre Bedeutung seines Schaffens gerade verstellt. Zu Lebzeiten war Hodler eine europäische Berühmtheit – dank Bildern, die später eher problematisch erschienen. Die Gunst der Deutschen verlor er abrupt, als er 1914 den Protest gegen die Beschiessung der Kathedrale von Reims unterzeichnete, und sein Erfolg im Paris des ausgehenden 19. Jahrhunderts konnte angesichts der Entwicklung der französischen Kunst nicht von Dauer sein. Erst vor rund zehn Jahren setzte die erwähnte Wende ein: Ausstellungen in den USA und in Japan, dann – wohl entscheidend – die fast romanhafte Ausbreitung des Zyklus um Valentine Godé-Darel unter dem Titel «*Ein Maler vor Liebe und Tod*». Seither folgte eine Ausstellung der andern: 1978 in Bern (eine bisher unbekannte Hodler-Sammlung aus Sarajewo), 1979 in Basel (alle Selbstbildnisse), 1981 in Pfäffikon (der frühe Hodler) und in Frei-

burg (Hodler und Freiburg), 1983 in Winterthur und Solothurn (Zeichnungen und Kompositionsstudien). Die jetzige, von der Nationalgalerie Berlin angeregte und von der Pro Helvetia patronisierte Retrospektive ist die abschliessende Synthese. Einzelne der vorzüglich bebilderten Kataloge sind als Bücher im Handel: der Benteli-Verlag bringt eine eigentliche *Hodler-Bücherei* in einheitlicher Aufmachung heraus. Vor zwei Jahren ist in einem Münchner Verlag die seit langem erste Hodler-Monographie erschienen, verfasst von der amerikanischen Kunsthistorikerin *Sharon L. Hirsh*¹. Sie würdigt in ausführlichen Bildkommentaren das Gesamtwerk, wobei sie die Historienmalerei nur gerade streift, dafür mit auffälligem und positiv wertendem Nachdruck auf Hodlers Beziehung zu den Rosenkreuzern und seine symbolistischen Kompositionen eingeht. Quasi als Gegengift ist soeben das Hodler-Buch von *Hans Mühlestein* und *Georg Schmidt* aus dem Jahr 1942 neu herausgegeben worden². Die beiden Autoren gehen Hodlers Leben und Werk nicht nur mit kunsthistorischem, sondern auch mit psychologischem und soziologischem Rüstzeug an und zerzausen dabei das «idealistische» Schaffen nach Noten: diese «exaltiert tänzerischen und muskelprotzend landsknechtischen Weiber» sind ihnen eine peinliche und geistlose

Anbiederung beim Grossbürgertum, während allein der «realistische» Teil von Hodlers Werk wahr und seiner proletarischen Herkunft gemäss sei. Das Buch, in salopp-journalistischer Sprache, dabei gut lesbar geschrieben, wurde seinerzeit von der Fachwelt abgelehnt und musste, da sich Hodlers Erben widersetzen, ohne Abbildungsteil erscheinen. Auch der – nun illustrierten – Neuausgabe ist von zünftiger Seite bereits wieder Fragwürdigkeit attestiert worden. Immerhin ist das Buch eine wichtige und unentbehrliche Quelle, da Mühlestein Hodler noch gut gekannt und intensive Gespräche mit ihm geführt hat; und ausserdem hat es die Hodler-Forschung eben versäumt, die umfassende Hodler-Publikation für unsere Zeit zu schreiben. Ein auch auf die Dauer brauchbares Handbuch wird der fünfhundertseitige Katalog der gegenwärtigen Ausstellung bleiben.

*

Soweit der Überblick über die jüngsten Bemühungen um Hodler. Die Zeit scheint ihm günstig. Einerseits steht längst nicht mehr der – verächtlich so genannte – literarische Inhalt eines Bildes im Vordergrund des Interesses. Der «Rückzug bei Marignano» etwa ist uns nicht mehr sogleich nationales Symbol, das als solches kritischer Betrachtung entzogen wäre, sondern der Blick ist frei auf die kompositorische, zeichnerische, farbliche Leistung. Andererseits ist Gegenständlichkeit heute nicht mehr von vornherein suspekt; sie entspricht vielmehr momentan sogar dem Trend. Und Symbolismus ist nicht mehr etwas, das bekämpft werden müsste, weil es progressiveren

Richtungen im Wege stünde (so muss er für Mühlestein/Schmidt noch gewirkt haben); sondern er ist Gegenstand einer zugleich distanzierenden und neugierigen Betrachtung: man wird ihm historisch gerecht. In diesem Sinne sind Hodlers symbolistische Kompositionen in der Zürcher Ausstellung präsentiert: der Eingangsraum ist der Wiener Sezession nachempfunden, in der Hodlers europäischer Ruhm 1904 bestätigt worden ist. Da hängen sie, durch Topfpflanzen und Buchsbäumchen getrennt, ungewöhnlich niedrig oder weit über Kopfhöhe: «Der Tag», «Die Wahrheit», «Empfindung», «Jüngling, vom Weibe bewundert», «Die Lebensmüden» (neben den Entwürfen zur monumentalen Historienmalerei für das Landesmuseum, für Hannover und Jena). Es sind die am meisten ihrer Zeit, dem Jugendstil verhafteten Werke Hodlers. Wir brauchen sie deswegen weder besonders ärgerlich noch lächerlich zu finden. Figuren mit ekstatischer Gestik, in wehenden Gewändern reihen sich in hodlerschem Parallelismus zu pathetischen Inszenierungen eines kraftvoll ringenden Regisseurs. Seine Aufgaben scheinen unlösbar: Vergeistigung zu erreichen in dieser plastisch modellierten, muskulös oder knochig erscheinenden Körperlichkeit; diese Figuren zu integrieren in einer flächig summarischen Niemandslandschaft, die zum Bühnenvorhang wird, vor dem die Gestalten weder glaubhaft schweben noch Boden unter den Füßen haben. Unzählige Zeichnungen gehen den endgültigen Kompositionen voraus. Man hat sie zu Recht mit denen Rodins verglichen. Etwas «Bildhauerisches» ist in Hodlers Werk, gerade in den problematischen Details: in der Hintergrund-

losigkeit, in den oft schmerzhaft genau gemalten Gelenken, in den grotesknaturalistischen Verkürzungen. Grossartig wie der Anfang dieser Werkreihe, die aus konservatorischen Gründen nicht mehr ausleihbare «Nacht», ist der Schluss: «*Blick in die Unendlichkeit*» von 1915/16. Fünf monumentale Frauengestalten stehen frontal zum Betrachter und blicken über ihn hinweg. Nicht die Unendlichkeit ist im Bild, nur ihr Widerschein auf diesen blaugewandeten «Statuen» – mehr zu geben, scheint nicht möglich. Und doch meint der Betrachter, sich umdrehen, dem Blick folgen zu müssen. Da, im Imaginären, könnte er eine von Hodlers späten Genferseelandschaften sehen, in denen – uninszeniert und zu Farbe entkörperlicht – das Unendliche aufscheint.

*

Unmittelbarer als die symbolistischen Bilder berührt uns das Frühwerk. Aus dem dunkeltonigen Realismus lesen wir die von Armut und vom Tod der Eltern und Geschwister überschattete Jugend, aus dem fragenden Blick der Selbstbildnisse den Willen, sich der eigenen Person zu versichern, aus einem jungen Bäumchen oder dem Mädchen mit der Mohnblume die Hoffnung, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben. Künstlerisch entscheidend ist *Barthélemy Menn*, dem der neunzehnjährige Hodler 1872 in Genf begegnet. Ihm verdanke er alles, hat Hodler später gesagt. Menn bringt seinen Freischüler ab von der effektvoll dramatischen Landschaftsmalerei der Calame und Diday, führt ihn zur Wahrheit – «*er lehrte mich, mich selbst zu finden*» – und zu einem helleren, gelassenen und anteilnehmen-

den, Blick auf die ihn umgebende Welt. Interessant ist die Überlieferung, Hodler habe daran gedacht, Naturwissenschaftler zu werden. Ihm ging es um ein «objektiveres» Bild von den Gegenständen, als es die Impressionisten auf ihrer Netzhaut registrierten. Und es ging ihm dabei auch nicht nur um die Oberfläche. Im Prinzip des Parallelismus erkannte er eine Konstante, welche Natur und Menschenleben prägt, welche die allem Verschiedenartigen innewohnende Einheit spürbar macht, welche letztlich – trotz dem Tod des Individuums – eine Verneinung des Todes bedeutet, den «*Blick in die Unendlichkeit*» erlaubt. Der Parallelismus wird zum fundamentalen Ordnungsgesetz, für die allegorischen Willensakte sowohl wie für das gelassenere Finden der Symmetrien in der Landschaft und in der Farbvision des Spätwerks.

«*Wenn Tolstoi in seiner Schrift ‚Was ist Kunst?‘ sagt, man könne niemals zwei Blätter desselben Baumes übereinanderlegen, so kann man mit größerem Recht behaupten, dass nichts einem Platanenblatt ähnlicher ist als das Blatt einer Platane . . . Dasselbe Prinzip der Ordnung erkennen wir auch im Bau des tierischen und menschlichen Körpers, in der Symmetrie der rechten und linken Körperhälfte . . . So bewirkt also die Wiederholung eine Steigerung der Intensität. Indessen, abgesehen vom Stoff, löst die Wiederholung einer Form oder einer Farbe an sich angenehme Empfindungen aus. Seit der Kunstübung der Primitiven hatte man dieses Prinzip der Harmonie aus den Augen verloren, man dachte nicht mehr daran. Man suchte den Reiz des Verschiedenartigen, und man wurde zum Zerstörer der*

Einheit. Wenn ich für meinen Teil dazu gekommen bin, den Wert und die Kraft jenes Elementes wiederzuerkennen, so war es dadurch, dass ich die Natur beobachtete.»

Mit dem Blick des Naturforschers beobachtete Hodler: Sich selbst in der grandiosen Reihe von Selbstbildnissen, die vom 21jährigen «Studenten», der Kunst und Wahrheit den Treueschwur leistet, bis zu dem «flüchtigen» letzten, eine Woche vor dem Tod gemalten Selbstporträt reicht, auf dem er mit – entsetzt?– aufgerissenen Augen in den Spiegel blickt. Und auch wo er liebt, wo er ergriffen ist, beobachtet er geradezu unerbittlich. Von 1908 bis 1915 dauert die Begegnung mit Valentine Godé-Darel, und der um sie kreisende Werkzyklus enthält alles: das Modell und die bewunderte attraktive Frau, die Zärtlichkeit, den Stolz des Sechzigjährigen über die gemeinsame Tochter Paulette, dann, über ein Jahr hin, die Zeichnungen, Farbskizzen und Bilder der Kranken, Sterbenden, Toten: das – oft genau datierte – Tagebuch einer Agonie, Protokoll des Zerfalls der menschlichen Existenz, Seismogramm des Todes, trotzig «Verewigung» des Vergänglichen, der durchlittene, in der Darstellung überhaupt erst «fassbare» Einzelfall vor dem Hintergrund des Weltkriegs. Mit expressivem Strich notiert Hodler das kantig eingefallene Gesicht mit weit geöffnetem Mund (wie ihn, gut dreissig Jahre später, Alberto Giacometti seinem «Kopf auf Stange» wieder gegeben hat), malt es einmal in Grün, einmal in «Caput mortuum». Am Tag nach ihrem Tod entsteht das Bild der waagrecht Ausgestreckten, über ihr, parallel zum oberen Bildrand, drei waagrechte blaue Streifen, die wir

wiederfinden in den vom Krankenzimmer aus gemalten Landschaften mit dem tiefliegenden Genfersee, der fernen Horizontlinie und den parallelen Wolkenstreifen darüber – Tod und Unendlichkeit im selben Zeichen.

Mit fast einem Fünftel der Exponate setzt der Zyklus um Valentine Godé-Darel einen deutlichen Akzent in dieser Ausstellung. Der andere gilt den Landschaften der letzten fünfzehn Jahre. Da ist die in der Wasserfläche gespiegelte Symmetrie der Bergszenerie an Thuner- und Silvaplannersee; der Berg überhaupt – Niesen, Jungfrau, Breithorn –, den Selbstbildnissen vergleichbar als monumentales Individuum porträtiert; die parallelisierende Reihe von Eiger, Mönch und Jungfrau, gipfelnd in der Version im Mondlicht: aller irdische Fels ist zu Blau entmaterialisiert, das «Gewicht» liegt in der den Mond verdeckenden Wolke, die – in einem gewölbten Nebelornament gefasst – die liegende Acht des Zeichens für «unendlich» anzudeuten scheint.

Die Farbe gewinnt zunehmend an Bedeutung im Schaffen Hodlers. In seinem letzten Lebensjahr hat er gesagt: *«Ich habe über den Gedanken, die ich jahrelang der Form, dem Aufriß, der Komposition zuwandte, die Farbe hintangesetzt, vernachlässigt . . . Jetzt habe ich beides, und mehr als je begleitet die Farbe nicht nur die Form, sondern die Form lebt, kurvt, durch die Farbe. Und jetzt ist es herrlich. Jetzt habe ich die grossen Räume.»* Das gilt für die letzten Ansichten des Genfersees von Caux aus und für die Bilder des ans Zimmer Gefesselten mit der Mont-Blanc-Kette über dem Genfersee im Licht und Gegenlicht der wechselnden Tageszeiten. Es sind na-

hezu entstofflichte, «herrliche» Farbräume, die an Mark Rothko erinnern, bestimmt durch die ferne Horizontale, die auf das Ewige verweist. «Ist Ihnen nicht, als ob Sie am Rand der Erde stehen und frei mit dem All verkehren?» fragt Hodler, und er hat die von Caux aus gemalten Bilder «paysages planétaires» genannt.

Die «Schwierigkeiten», die Hodler macht: als «monumentaler Pathetiker», als sozial Engagierter, rosenkreuzlerisch Frommer und aufgestiegener Kleinbürger, als eidgenössischer Banknoten- und Historienmaler; die Fragen, die zu reden geben: wie steht

er zu Jugendstil und Expressionismus? wie zu den Zeitgenossen Munch, Van Gogh? – all dies wird gegenstandslos vor diesen Landschaften, vor den Bildern um Valentine, vor den Selbstbildnissen: da ist Hodler der grosse, einsame Einzelne, ein nicht mehr zu übersehender erratischer Block in der Kunst unseres Jahrhunderts.

Uli Däster

¹ Sharon L. Hirsh, Ferdinand Hodler. Prestel Verlag, München 1981. – ² Hans Mühlestein und Georg Schmidt, Ferdinand Hodler – sein Leben und sein Werk. Unionsverlag, Zürich 1983.

Andreas Papandreou – Führer oder Verführer?

«Sozialistische Vision» und Realität zwei Jahre nach dem Regierungsantritt

Im privaten Gespräch wirkt der ehemalige Dozent an verschiedenen ausländischen Universitäten nüchtern-professoral. An öffentlichen politischen Kundgebungen hingegen versteht er es, durch feurige Rhetorik die Volksmassen zu begeistern. Seinem persönlichen Lebenslauf und Habitus nach ist er wohl der «westlichste» zeitgenössische Politiker Griechenlands. Gross in der Politik ist er aber nicht zuletzt durch antiwestliche Parolen geworden. Einst naturalisierter Amerikaner, mit einer gebürtigen Amerikanerin verheiratet, Vater von vier aus dieser gemischten Ehe stammenden Kindern, hat er es verstanden, sich als ein gerade gegenüber den USA «entschlossen auftretender Vorkämpfer der Anliegen des Hellenentums» zu profilie-

ren – und dies in einem Lande, in dem sich der Nationalismus in allen politischen Lagern stark bemerkbar macht und in dem die traditionelle Gastfreundschaft oft mit Xenophobie gepaart ist. Andreas Papandreou, Griechenlands Premierminister und Präsident der seit Oktober 1981 regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok) ist eines der zahlreichen Beispiele für die Rolle der Politikerdynastien, der sogenannten Tzakia¹, in Hellas: er begann seine politische Laufbahn unter den Fittichen seines Vaters Georgios Papandreou, eines trotz allen Turbulenzen und Wechseln in seinem Werdegang doch mehr oder weniger «konformen» Berufspolitikers. Nichtsdestoweniger vermochte sich Papandreou junior bei vielen Griechen

und Griechinnen das Image eines «unerschrockenen und konsequenten Kämpfers gegen das «Establishment» aufzubauen.

Will man den durch eben diese Paradoxien gekennzeichneten Aufstieg des sozialistischen Politikers zur Macht erklären, so darf man einen wichtigen Wesenszug Andreas Papandreous nicht ausser acht lassen: Der Pasok-Führer ist ein begabter Demagoge im ursprünglichen, nicht notwendigerweise pejorativen Sinne des Wortes im hellenischen Sprachgebrauch. Im alten Athen war der demagogos zunächst einmal ein Führer des Demos, des Volkes, ein Mann, der nicht zuletzt durch seine Rednergabe auf die Entscheidungen der Volksversammlungen und dadurch auf die Leitung des Stadtstaates, der Polis, entscheidenden Einfluss nehmen konnte. Wie schon Aristoteles erkannt hat, birgt allerdings die Volksführung im dargestellten Sinne unter Umständen die Gefahr der Ausnützung von Vorurteilen, Emotionen und Notsituationen in sich. Der Demagoge in der ursprünglichen, mitunter positiven Bedeutung des Wortes unterliegt allzu leicht der Versuchung, zum Demagogen im heute geläufigen, abschätzigen Sinne zu werden, zu einem durch taktische Berechnung motivierten Schmeichler des Volkes. Gegen diese Gefahr ist auch Andreas Papandreou, wie nicht nur seine turbulente Vergangenheit als Oppositionsführer, sondern auch seine zweijährige bisherige Regierungsaktivität zeigt, nicht ganz immun. Zwar bewahrheiteten sich in der seit dem triumphalen Wahlsieg der Pasok vom 18. Oktober 1981 verflossenen Zeit jene Kassandrarufe nicht, welchen die Befürchtung zugrunde lag, Papandreou werde, einmal

an die Macht gelangt, Hellas ins Chaos stürzen. Doch die Bilanz der ersten Halbzeit der vierjährigen Amtsperiode der Pasok-Regierung zeigt deutlich, dass zwei Seelen in Papandreous Brust wohnen: die des vorsichtigen und flexiblen Pragmatikers einerseits und die des nach brausendem Applaus lechzenden, beziehungsweise diesen Applaus zu seinen Zwecken nützenden Volkstribuns andererseits. Ist der hellenische Ministerpräsident Führer oder Verführer seines Volkes? Angesichts der signalisierten Zwiespältigkeit des sozialistischen Politikers lässt sich diese Frage nicht monokausal beantworten, was Persönlichkeit und Wirken des Pasok-Präsidenten etwas Rätselhaftes verleiht².

«Dialog mit dem Volk»

Andreas Papandreous Rednergabe unterscheidet sich stark von derjenigen seines Vaters. Der Führer der seinerzeitigen Zentrumsunion, Georgios Papandreou, dem es nicht zuletzt dank seiner grossen rhetorischen Begabung gelang, bei den Parlamentswahlen vom 3. November 1963 und vom 16. Februar 1964 die seit Jahren die Regierungsverantwortung tragende Rechte zu besiegen, war ein Meister der rednerischen Improvisation. Zwar war er ein überzeugter Anhänger der Volkssprache (Dimotiki). Seine Reden hielt er jedoch in der Regel in der Reinsprache (Katharewussa)³. Der «Jeros» (der «Alte»), wie viele Griechen und Griechinnen den im Jahre 1968 verstorbenen populären Zentrumspolitiker heute noch beinahe vertraut familiär nennen, schätzte das Schöngestige und Epigrammatische. Musisch veran-

lagt, legte er auf die ästhetische Form zumindest ebenso grosses Gewicht wie auf die inhaltliche Aussage, und er hatte einen ausgeprägten Sinn für das humorvolle Spiel mit den Worten. Andreas Papandreous Reden hingegen wirken, selbst wenn der Pasok-Präsident frei spricht, wie das Produkt einer wohlinszenierten Publicity-Kampagne. Kalkulation, nicht Spontaneität spricht aus den Worten des Sozialistenführers. Seine Diktion ist vorzüglich, seine Dimotiki oft radikal «fortschrittlich», aber trotzdem in manchem Fall vermengt mit antikisierenden Elementen. Gelegentliche Sprachschnitzer in seinen Formulierungen sind für seine Gegner ein gefundenes Fressen. Doch seine zahlreichen Anhänger stossen sich nicht daran. Sie fühlen sich von der ernsten, durch ein warmes Timbre beeindruckenden Stimme Papandreous angesprochen, die ihnen Wort für Wort die Losungen vorsagt, die sie von Zeit zu Zeit wie ein Chor in der altgriechischen Tragödie skandieren. Im Pasok-Jargon heisst das dann «Dialog mit dem Volk».

Ob und wieweit Griechenlands sozialistischer Premierminister seine effektvolle Taktik zur Beeinflussung des Publikums auch Ratschlägen seiner Ehefrau Margaret geb. Chant verdankt, die früher eine eigene kleine Public Relations-Firma in Minneapolis innehatte⁴, mag hier dahingestellt bleiben. Ausser Zweifel steht, dass Andreas Papandreou während seines langjährigen Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten nicht wenig von den amerikanischen Publizitätsmethoden übernommen hat und jetzt von seinen damaligen Erfahrungen profitiert. Als er ein Jahr nach seinem Regierungsantritt von deutschen Journalisten gefragt

wurde, ob er denn nicht Angst habe, dass ihm das Volk seine Slogans vorhalte, ihn beim Wort nehme und von ihm die Erfüllung seiner verschiedenen Versprechungen verlange, antwortete er in bemerkenswerter Offenheit: «Wir sind eine junge Partei, wir haben uns erst 1974 organisiert. Und eine Partei braucht nun einmal eine Identität, damit die Leute wissen, wovon überhaupt die Rede ist. Das muss eingehämmert werden und nicht nur in der Anfangsphase, sondern immer wieder. Und diese Identität muss etwas Unantastbares sein, unabhängig davon, wie man taktiert, um seine Ziele zu erreichen» («Der Spiegel», 29. 11. 1982). Beim «Einhämmern» seiner Slogans verwendet Papandreou gerne Neologismen. So begann er in den sechziger Jahren seine politische Laufbahn in Griechenland mit Losungen gegen das «Establishment», das er mit der heute noch in führenden griechischen Wörterbüchern nicht figurierenden Neuschöpfung «Katestimeno» bezeichnete. Sprachlich war die Neuschöpfung keineswegs notwendig, denn es standen andere Termini zur Verfügung. Doch als propagandistisches Mittel war der Neologismus recht effizient. Papandreou hatte nicht nur ein Wort geschaffen, sondern – gleichsam durch die «Reservierung» des Terminus, die implizite eine Monopolisierung des Kampfes gegen die «Privilegierten» miteinschloss – auch seine «Identität» hervorgestrichen.

So liegt also auch dem Pasok-Führer, wie seinem Vater, das «Spielen» mit den Worten. Nur macht Andreas Papandreou, dem der sprichwörtliche Humor des «Jeros» (oder seines Halbbruders Giorgos) abgeht, daraus «tierischen Ernst» im Sinne einer techno-

kratisch gefärbten ideologisch-politischen Werbung, der, da sie ja der «Vision eines anderen, besseren, auf nationaler Würde und sozialer Gerechtigkeit beruhenden Griechenland» dienen soll, das Scherzhafte und Satirische fremd ist. Wie der hellenische Sozialistenführer selber in seinem «Spiegel»-Interview unterstrichen hat, erachtet er das «Einhämmern» von Losungen nicht nur in der Anfangsphase für notwendig, «sondern immer wieder». Es ist daher nicht verwunderlich, dass Papandreou auch nach der Übernahme der Regierungsverantwortung fortfährt, seine Publicity-Taktik anzuwenden. Das hängt offensichtlich zum Teil mit seinem persönlichen Temperament zusammen, das seine Frau Margaret wie folgt beschreibt: «He is more of a crusader than a politician.»

Doch die Verbindung der gouvernementalen mit der propagandistischen Aktivität entspringt zugleich dem machtpolitischen Zielen dienenden Kalkül. Die rechtsgerichteten Oppositionellen Griechenlands mögen zwar übertreiben, wenn sie behaupten, Papandreou agiere auch nach der Übernahme der Regierungsverantwortung wie ein Oppositionsführer. Eine beträchtliche Dosis Wahrheit steckt aber doch in dieser Behauptung. Der Pasok-Präsident und seine Mitstreiter benützen noch heute, zwei Jahre nach der Wahlniederlage der Nea Dimokratia und dem Übergang vom Kabinett der «verhassten Rechten» zur Regierung der «grossen Änderung» (Megali Allaji), nicht selten das Argument, die Schwierigkeiten, denen Hellas auf diesem oder jenem Gebiet begegnet, seien einzig und allein durch den Umstand zu erklären, dass den Sozialisten

«nichts als eine verbrannte Erde» hinterlassen worden sei.

Zu viel versprochen

Der Hinweis der sozialistischen Regierung auf das «übernommene Chaos» betrifft unter anderem auch die sozio-ökonomische Situation. Vor den Parlamentswahlen vom 18. Oktober 1981 hatte Papandreou die Losung der «grossen Änderung», was den sozio-ökonomischen Sektor anbelangt, in mancher Hinsicht nicht konkretisiert. Während des Wahlkampfes erwies sich diese ideologisch-programmatische Schwäche als Stärke. Der Pasok-Führer wollte mit seinem hinsichtlich der Realisierungsprozeduren und der Verwirklichungsmittel in etlichen Punkten nicht näher definierten «anderen Hellas» möglichst viele Wähler ansprechen. Er sprach von den «Nichtprivilegierten» und meinte, wie er gelegentlich sagte, alle Hellenen «mit Ausnahme von zehn Familien». Dank diesem Populismus, den die traditionelle radikale Linke Griechenlands – von ihrem Standpunkt aus nicht zu Unrecht – kritisiert, gelang es der Pasok, in den Städten einen grossen Teil der mittleren und unteren bürgerlichen Schicht für sich zu gewinnen und auf dem Land selbst in traditionellen Hochburgen des hellenischen Konservatismus einen Durchbruch zu erzielen⁵. Papandreou profitierte dabei auch von den unbestreitbaren Unterlassungen der Nea Dimokratia auf dem Gebiet der Bekämpfung erheblicher Struktur-schwächen der hellenischen Wirtschaft und Gesellschaft einschliesslich der denkbar schlecht arbeitenden öffentlichen Verwaltung. Der nebulöse Po-

pulismus der Pasok in der Zeit der oppositionellen Agitation, der – verknüpft mit der Überzeugung vieler Griechen und Griechinnen, Andreas Papandreou sei schliesslich ein international anerkannter Wirtschaftswissenschaftler und werde deshalb die ökonomischen Probleme lösen können – zum Sieg der Sozialisten am 18. Oktober 1981 in hohem Masse beigetragen hat, erweist sich heute allerdings weitgehend als Bumerang. Die Pasok, welche vor ihrem Wahlsieg zu viel versprochen hatte, um es, falls überhaupt, sozusagen über Nacht verwirklichen zu können («edo ke tora!», «hier und jetzt!» lautete ein inzwischen verstummter Slogan des Propagandaapparates Papandreous), sieht sich immer mehr mit kritischen Fragen konfrontiert, die sich nicht zuletzt auf ihre Wirtschaftspolitik beziehen.

Zwei Jahre nach der Regierungsübernahme durch Andreas Papandreou kann man sich in der Tat des Eindrucks nicht erwehren, dass der Pasok-Führer, was die ökonomischen und sozialen Strukturschwächen Griechenlands anbelangt, zwar ein guter Diagnostiker, jedoch kein besonders effizienter Therapeut ist. Was die heutige First Lady Griechenlands, Margaret – oder, wie es der dem «Postulat der hellenischen Unabhängigkeit» angepasste offizielle Sprachgebrauch will, Margarita – Papandreou seinerzeit vom «crusader» der sechziger Jahre schrieb, scheint auch für die gegenwärtige Periode des Wirkens des griechischen Sozialistenführers zuzutreffen: Andreas Papandreou ist zweifelsohne ein hochbegabter Analytiker wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhänge. Insbesondere kennt er – nicht zuletzt auf Grund seiner seiner-

zeitigen Arbeit als Leiter eines Athener Zentrums für Wirtschaftsforschung (1961–1964), an dessen Spitze ihn Konstantinos Karamanlis berief⁶ – die heikle Entwicklungsproblematik seines Landes vorzüglich. Die Therapie, die er vorschlägt, geht aber meistens nicht über eine abstrakte «Vision» hinaus, die zudem von etlichen allzu schematischen, wenn auch keineswegs dogmatischen im Sinne des sowjetischen «real existierenden Sozialismus», marxistischen oder neomarxistischen Elementen durchdrungen ist. Man täte dem Pasok-Führer unrecht, wenn man dieses visionäre Element seiner Persönlichkeit und Aktivität lediglich als einen Bestandteil seiner meisterhaften Publicity-Taktik betrachtete und Papandreou somit eindimensional als «puren Volksverführer» sähe. Es gibt viele Anzeichen dafür, dass der Mann, dessen Rhetorik alle Merkmale des kühl kalkulierenden «Animators der Volksseele» trägt, von der von ihm entworfenen Vision eines «anderen Griechenland» fasziniert ist. Insofern steht er selber unter dem Einfluss des Irrationalen und Emotionalen⁷, das er in seinem «Dialog mit dem Volk» bei diesem anvisiert.

«Jugendsünde»

Nichts ist aufschlussreicher für die Faszination, welche die «sozialistische Vision» auf Andreas Papandreou ausübt, als das, was das hellenische «Katestimeno» als die «Jugendsünde» des Linkspolitikers zu bezeichnen pflegt.

Der 1919 auf Chios Geborene trat als Gymnasiast nach der am 4. August 1936 erfolgten Errichtung der Diktatur Metaxas' einer trotzkistischen

Gruppe in Athen bei. Es spricht für Papandreou, dass er sich in einer Zeit, in der im Zuge des Antifaschismus mancher Intellektuelle der Versuchung unterlag, mit dem «orthodoxen» Kommunismus zu liebäugeln, in die Gedankenwelt Trotzki einführen liess, weil er, wie er selber berichtet, «obschon Sozialist», «den Totalitarismus und die Brutalität Stalins nicht hinnehmen konnte». Jener Gruppe gehörten übrigens manche junge Leute an, die sich durch Mut und Klarheit des Denkens auszeichneten – unter ihnen beispielsweise auch der heute in Frankreich lebende bedeutende Intellektuelle Kornilios Kastoriadis, der in seinem Buch *Devant la guerre* die systematische Militarisierung der Sowjetgesellschaft analysiert hat. Wegen seiner Aktivität gegen das Diktaturregime wurde Andreas Papandreou, dessen Vater sich auf der Insel Andros in Verbannung befand, 1939 verhaftet und dann – «unerklärlicherweise» («inexplicably»), wie er berichtet – wieder freigelassen. Ein Jahr später verliess er Griechenland und reiste in die USA, wo er beinahe zwei volle Dezennien (1940–1959) verbrachte. Seine «sozialistische Vision» schien begraben. Dem Auswanderer bot Amerika die «Hoffnung auf ein freies Leben» und «die Chance, die akademische Laufbahn einzuschlagen»⁸. Als Freiwilliger meldete sich Andreas Papandreou bei der United States Navy, wurde 1946 amerikanischer Staatsangehöriger, heiratete nach einer glücklosen ersten Ehe Margaret (1951) und widmete sich der Wissenschaft und seinen Aufgaben als Hochschuldozent. Im Gegensatz zu anderen Amerikagriechen, die in Amerika eine rege politische Aktivität entfalteten und wichtige politische Ämter beklei-

deten, lebte der einstige Verfechter des Ideals einer sozialistischen Gesellschaft, sieht man von nicht ins Gewicht fallenden Ausnahmefällen, etwa seinem Einsatz für Adlai Stevenson im Jahre 1952, ab, abseits der Politik.

Und dennoch. Offenbar hatte die Vision der Jugend im Innersten des erfolgreichen Wirtschaftsprofessors all die Jahre hindurch nur geschlummert. Als er mit seiner Familie 1959–1960 ein Fulbright-Studienjahr in Hellas verbringen durfte, stand er vor der quälenden Frage, ob er hier die politische Bühne betreten solle. Nach einigem Zögern und einem erneuten kurzen Aufenthalt in den USA übernahm der Wirtschaftsexperte 1961 die Leitung des erwähnten Forschungszentrums in Athen und interessierte sich in der Folge immer mehr für die hellenischen politischen Belange. Als sein Vater im Zuge der Auseinandersetzung der teils liberalen, teils sozialdemokratischen Zentrumsunion zuerst mit Konstantinos Karamanlis und dann mit der Krone zu einer nahezu legendären Gestalt wurde, vermochte der ehemalige Berkeley-Professor, der zum Abgeordneten gewählt (1964) und danach – zum Missvergnügen verschiedener Rivalen, die sich hinter vorgehaltener Hand über den vom «Jeros» betriebenen «Nepotismus» beklagten – zum Mitglied des Kabinetts Georgios Papandreou ernannt worden war, immerhin insofern seine Eigenständigkeit, die Identität des Verfechters der «sozialistischen Vision», zu wahren, als er sich als Exponent des linken Flügels der Partei profilieren konnte.

Dank der geschickten Hervorhebung seiner besonderen ideologisch-politischen Identität gelang es Andreas –

damals wurde Papandreou junior von seinen engsten Mitarbeitern zärtlich nur beim Vornamen genannt, während das gouvernementale Protokoll heute der Anrede «Präsident» den Vorzug gibt –, die Belastung zu überwinden, welche die Förderung durch seinen Vater notgedrungen mit sich brachte. Wegen seiner Eigenständigkeit war das Verhältnis des jetzigen Ministerpräsidenten Griechenlands zu seinem Vater nicht frei von Konflikten. Aus jener Zeit scheint die humorvolle, aber inhaltlich bedenkliche Charakterisierung Andreas Papandreous zu datieren, die von seinem Vater stammen soll und die seitens der politischen Gegner des heutigen Regierungschefs auf ebenso bedenkliche Art und Weise politisch ausgeschlachtet worden ist: «Andreas wirkt wie die vier mathematischen Grundprozesse. Er schafft mir ein Plus von Problemen, ein Minus von Freunden, er multipliziert meine Feinde und dividiert meine Partei.»

Das «Dividieren» der Zentrumsunion liess nicht lange auf sich warten. Doch – das muss man Andreas Papandreou zugute halten – es war nicht zuletzt das Resultat der Machenschaften der Krone, die durch die Schaffung von «Apostaten» unter den Zentrumspolitikern, also durch die Anwendung des Prinzips *divide et impera*, ihre Machtposition stärken wollte. Es kam hinzu, dass in der Zeit vor dem 21. April 1967, also vor der Herrschaft der Athener Obristen (1967–1974), die traditionelle Rechte Andreas Papandreou (zum Beispiel anlässlich der Aspida-Affäre) dämonisierte, und diese Verteufelung machte, so paradox das auch klingen mag, aus dem «Sündenbock» der einen das «Idol» vieler anderer. Anders ausgedrückt: Einen

grossen Teil seiner Popularität verdankt der Mann, der zwanzig Jahre lang, wie seine Gegner zuweilen vorwurfsvoll sagen, «apon» («abwesend») gewesen ist, «ein Aussenseiter, der an den Kämpfen und Leiden des hellenischen Volkes nicht teilgenommen hat», gerade den massiven Polemiken und psychologisch ungeschickten Überreaktionen seiner Widersacher. In der Periode der Herrschaft der Obristen, die den «Sündenbock» ebenfalls als Zielscheibe für ihre Angriffe benutzten, profilierte sich Andreas Papandreou – erneut im Ausland lebend, aber diesmal politisch stark engagiert – als Führer der Panhellenischen Befreiungsbewegung (PAK), die sich ihrem Programm zufolge «nur ein einziges Ziel» setzte: «die Errichtung einer wahren Demokratie in Griechenland». Zur Zeit des Zusammenbruchs der Athener Militärjunta, im Sommer 1974, lag zwar die Popularität Andreas Papandreous weit hinter derjenigen des «strengen Makedoniers» Konstantinos Karamanlis⁹. Doch durch die am 3. September 1974 erfolgte Gründung der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok) und die danach unternommenen unermüdlichen organisatorischen und agitatorischen Anstrengungen vermochte Andreas Papandreou, die «Vision» eines «anderen Griechenland» entwerfend und aus den schwerwiegenden Fehlern seiner Gegner Nutzen ziehend, ans Ziel zu gelangen.

Keine Verstaatlichung

Seither hat es allerdings der Visionär nicht leicht, weil er immer wieder und je länger desto mehr an seiner «sozialistischen Vision» gemessen wird. In

Zeiten der agitatorischen Euphorie in der Opposition hatte er davon gesprochen, dass die Pasok ein Programm der ersten 100 Regierungstage bereit habe. Nach der Regierungsübernahme merkte man davon allerdings nicht viel. Der international angesehene Wirtschaftswissenschaftler, der seit Oktober 1981 nebst dem Posten des Regierungschefs auch denjenigen des Verteidigungsministers innehat, hat es vorsichtigerweise vermieden, das für die Wirtschaftspolitik wichtige Koordinationsministerium (jetzt Ministerium für die nationale Wirtschaft genannt) zu übernehmen. Zuerst vertraute Papandreou dieses Schlüsselministerium dem Hochschuldozenten Apostolos Lazaris an, einem Mann, der als «besonnener Pragmatiker» gilt. Später wurde Lazaris ohne Angabe von Gründen beiseitegeschoben. Der gegenwärtige Wirtschaftsminister Jerassimos Arsenis hat die Wirtschaftsschwierigkeiten bisher nicht in den Griff bekommen können. Von dem einst seitens der Pasok bombastisch in Aussicht gestellten Fünfjahresplan sind bis heute nur die – weitgehend unverbindlichen – «Präliminarien» veröffentlicht worden. Zwar hat die Pasok-Regierung von ins Gewicht fallenden Verstaatlichungen bisher abgesehen. Das entspricht denn auch dem «Sozialisierungsbegriff» der «Bewegung», der, wie Papandreou zu betonen pflegt, keine Verstaatlichung im Sinne des östlichen Modells impliziert. Doch das Fehlen einer klaren Wirtschaftskonzeption, verbunden mit nebulösen Sozialisierungslosungen, verunsichert manchen verbalen Hervorhebungen der Rolle der Privatinitiative zum Trotz die Privatunternehmer des In- und Auslandes.

Kein grosser Wandel

Die Regierung Papandreou versprach, die sogenannten «problematischen Unternehmen» zu sanieren, die Produktivität anzukurbeln, den Lebensstandard zu heben, die Kluft zwischen «Privilegierten» und «Nichtprivilegierten» bzw. zwischen «Zentrum» und «Region» zu schliessen und die hohe Inflationsrate zu senken. Diese Ziele sind ein Gemisch von Elementen der «grossen sozialistischen Vision» mit kryptomonetaristischen Momenten – etwas wie das Problem der Quadratur des Zirkels. Bisher sind hinsichtlich der Ankurbelung der Wirtschaft und der Bekämpfung der Inflation keine ins Gewicht fallenden Erfolge sichtbar. 1982 erklärte der sozialistische Ministerpräsident in seinem «Spiegel»-Interview: «Als wir antraten, lag die Inflation bei 25 %, in diesem Jahr wird sie in der Nähe von 20 Prozent liegen. 1983 wird sie auf 15 Prozent heruntergehen, und 1984 schliesslich sollten wir mit den westlichen Ländern gleichgezogen haben.»

Zwei Jahre nach der Übernahme der Regierung durch die Pasok beträgt die Inflationsrate nach vorsichtigen Schätzungen etwa 21 %. Die Kaufkraft der Drachme nimmt nach wie vor ab, was nicht zuletzt die Arbeitnehmer zu spüren bekommen, die sich zudem über die unerwartet streng restriktive Einkommenspolitik der Regierung beklagen. Durch ein angeblich die «Sozialisierung im öffentlichen Sektor» bezweckendes Gesetz ist das Streikrecht drastisch eingeschränkt worden. Die Pasok, die als Oppositionspartei einst jeden Streik unterstützte, betätigt sich heute als Streikbrecher. Die seinerzeitige «Verfechte-

rin des Postulats einer freien Gewerkschaftsbewegung» setzt alles daran, um den Syndikaten einen gouvernementalen Kurs aufzuoktroyieren. Die Arbeitslosigkeit, vor allem bei der Jugend, nimmt zu.

Kurzum: «Der grosse Wandel ist ausgeblieben». Zwar hat die Pasok – und das gehört zweifelsohne zu den Positiva der Bilanz – eine Errungenschaft im Atmosphärischen vorzuweisen: Bürger, die sich mehr oder weniger zur Linken zählen und die sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder als Zukurzgekommene fühlten, sind – nicht zuletzt wegen der Anerkennung der Résistance gegen die Nazis – erfreut über das heutige politische Klima. Doch andererseits machen sich unter der Regierung Papandreou bedenkliche Erscheinungen der Intoleranz gegenüber den Andersdenkenden, der Rechten, ja, zum Teil sogar gegenüber Linken, die nicht der Pasok angehören, bemerkbar. Immer wieder sprechen die Pasok-Ideologen – so zum Beispiel unlängst betreffend einen Erlass über «Sozialisierung im Gesundheitswesen» – von «historischen strukturellen Änderungen», die «das Gesicht Griechenlands ändern werden». All das bleibt meistens nur auf dem Papier. Es ist im Grunde Zukunftsmusik, die den Kabarettisten der Athener Bühnen Anlass gibt, unter tosendem Applaus des Publikums die Vorliebe des Ministerpräsidenten für das «tha» (die Futurums-Partikel im Neugriechischen) aufs Korn zu nehmen. Papandreou selber musste im Sommer anlässlich einer Sitzung des Zentralkomitees seiner «Bewegung» einräumen, dass die sozialistische Regierung das «Alltagsleben des einzelnen nicht verbessert hat». Er sprach in diesem

Zusammenhang sogar von «Symptomen der Arroganz der Macht und des Mangels an sozialistischem Ethos».

Die Pasok hat im Verlauf der zwei letzten Jahre stark an Glaubwürdigkeit eingebüsst, was selbst ehemalige Pasok-Anhänger veranlasst zu behaupten, Andreas Papandreou habe das Volk getäuscht, um an die Macht zu kommen, er sei eben ein «Volksverführer». Der Pasok-Führer hält jedoch an seiner «sozialistischen Vision» fest. Nur dass er ihre Realisierung immer wieder hinausschiebt bzw. hinausschieben muss. Für diese immer wieder hinausgeschobene Schaffung des «ändern Griechenland» ad calendas graecas gibt es bereits ein treffendes griechisches Wort – ein Neologismus, der, wie sich versteht, vom Visionär selbst geschaffen worden ist: Eterochronismos (etwa: Zeitverlegung). Papandreou benützte das Wort einmal, um den Arbeitnehmern zu erklären, warum der Teuerungsausgleich nicht sofort, sondern erst nach etlicher Zeit erfolgen müsse. Im Laufe der Zeit wurde der Neologismus zur satirischen Waffe seiner Kritiker. Sie beziehen den Eterochronismos auf den gesamten «grossen Wandel» und machen geltend, dass der Neologismus für sämtliche Wahlversprechen Papandreous zutreffend sei. Dies gelte nicht zuletzt auch für den aussenpolitischen Bereich. Papandreou habe den Austritt Athens aus der Nato und der EG, den Abzug der amerikanischen «Todesbasen» aus Griechenland und die Schaffung eines «blockfreien Hellas» in Aussicht gestellt. Doch nun verfolge er trotz dieser oder jener mehr oder weniger deklamatorischen Extravaganz einen pragmatischen, prowestlichen Kurs. Das sozialistische Hellas

ist in der Tat nach wie vor Mitglied der Atlantischen Allianz. Papandreou ist stolz auf die Tatsache, dass Griechenland gegenwärtig den EG-Vorsitz innehat. Und die USA-Basen «dürfen» auf Grund des am 15. Juli 1983 paraphierten Abkommens noch mindestens bis Ende 1988 auf hellenischem Territorium bleiben, und eine Verlängerung ist weder juristisch noch politisch ausgeschlossen.

So widerspricht – Gott sei Dank, sagt manch besonnener Grieche – der Pragmatiker dem Visionär Andreas Papandreou, der «Volksführer» dem «Volksverführer». In diesem Widerspruch kommt wohl die Zwiespältigkeit des Mannes zum Ausdruck, der als idealistischer junger Linksradikaler nach Amerika, der «Hochburg des Kapitalismus», auswanderte, dort eine brillante Hochschulkarriere machte, einen grossen Abschnitt seines Lebens amerikanischer Staatsbürger war und dennoch in mancher Hinsicht wohl ein «Fremder» blieb, «a man with two countries»¹⁰. Will man der charismatischen Persönlichkeit des Pasok-Führers gerecht werden, so darf man diesen – der Tragik nicht ganz entbehrenden – menschlichen Aspekt, der unter anderem auch die «Hassliebe» Papandreous für Amerika erklärt, nicht ausser acht lassen. Die Zwiespältigkeit des einstigen Amerikagriechen erklärt vieles. Und sie beleuchtet auch die Problematik des sozialistischen Hellas, die Diskrepanz zwischen Vision und Realität.

Pavlos Tzermias

¹ Vgl. darüber Pavlos Tzermias, «Die Gegenwart», in Ruetz / Tzermias, Land

der Griechen, Zürich und München 1981, S. 154. – ² In einem Papandreou-Porträt, das am 1. Juli 1983 in der Times erschien, war u. a. zu lesen: «Papandreou himself remains an enigma: adored by his followers, intensely feared by his opponents, resented for his high-handed and personal style of government by some of his colleagues, yet regarded as pragmatic and even charming by some Western diplomats.» – ³ Siehe über den Unterschied zwischen Volks- und Reinsprache Pavlos Tzermias, Griechenlands widerspenstige Sprache, Schweizer Monatshefte, 60. Jahr, Heft 3, S. 187 ff. – ⁴ Vgl. Margaret Papandreou, Nightmare in Athens, London/Sydney/Toronto/New Delhi/Tokyo 1970, S. 14. – ⁵ Vgl. Pavlos Tzermias, Anatomie eines Sieges, Schweizer Monatshefte, 61. Jahr, Heft 12, S. 935 ff. – ⁶ Andreas Papandreou schreibt dazu in seinem Buch Democracy at Gunpoint: The Greek Front, New York 1970, S. 104: «I was surprised, for Caramanlis and I belonged to two entirely different worlds.» – ⁷ Margaret Papandreou schreibt (a.a.O. S. 70) hinsichtlich des Entschlusses Andreas Papandreous durch Teilnahme an den Parlamentswahlen vom Februar 1964 in die politische Arena zu steigen: «There is no point trying to explain the rationale. Andreas was not studying the pros and cons. He had become committed to a cause, wanted to get into the fray, no matter what the odds, and thus the decision was emotional, as are so many major decisions in one's life.» – ⁸ Margaret Papandreou, a.a.O., S. 15. – ⁹ Siehe Pavlos Tzermias, Der strenge Makedonier, Schweizer Monatshefte, 59. Jahr, Heft 10, Oktober 1979, S. 759 ff. – ¹⁰ Margaret Papandreou, a.a.O., S. 61: «Andreas was leading a schizoid life in many ways. Greek by birth, American by naturalization, he would see events one day through the eyes of a Greek, the next through the eyes of an American.»

Nationalratswahlen und «Neue Politik»

Am zweitletzten Oktober-Wochenende gehen wieder einmal die Nationalratswahlen über die Bühne. In 20 Kantonen werden gleichzeitig auch die Ständeräte Neubestellt. Werden die Wahlen das Gesicht unserer Eidgenössischen Räte verändern oder wird alles mehr oder weniger beim alten bleiben? Im Licht langjähriger Erfahrungen wäre mit der zweiten Variante zu rechnen: Das Schweizervolk gilt als konservativ, und unsere Wahlgesetze sind nicht so, dass parteipolitische Verschiebungen begünstigt würden.

In personeller Hinsicht allerdings wird es wieder manchen Wechsel geben. Zahlreiche Mandatsinhaber haben schon lange vor dem Wahltag den Verzicht auf eine neuerliche Kandidatur erklärt. Einige weitere Mandatare werden, obwohl Bisherige mit grösseren Chancen sich dem Verdikt des Wählers aussetzen als die weit zahlreicheren Neuen, die sich als «Listenfüller» zur Verfügung stellen, den Tücken des Wahlglücks zum Opfer fallen.

So dürften sich am 28. November, am ersten Tag der ersten Session der 42. Legislatur, die Räte um mindestens einen Fünftel bis einen Viertel erneuert unter der Bundeskuppel einfinden und mit dem Eid oder Gelübde ihr Versprechen ablegen, Verfassung und Gesetze des Bundes treu und wahr zu halten, Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu wahren, die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Freiheit und die Rechte des Volkes und seiner Bürger zu schützen und zu schirmen und überhaupt «alle mir

übertragenen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen».

Dauerhafte parteipolitische Zusammensetzung

Anders ist es, wie gesagt, mit der parteipolitischen Zusammensetzung des Parlaments. Vor den letzten Nationalratswahlen wurde an dieser Stelle ein Überblick über die Kräfteverhältnisse seit Anbeginn unseres Bundesstaates geboten und die, abgesehen vom Einbruch, den die Einführung des Nationalratsproporz im Jahr 1919 mit sich gebracht hat, grosse Konstanz der Entwicklung hervorgehoben (März 1979). Diese ist auch mit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 nicht ins Wanken gekommen. Wohl hat im letzten Jahrhundert die konservative Opposition gegenüber der radikaldemokratischen Gründergeneration langsam Raum gegriffen. Aber seit dieser «Konsolidierung» und dem nach dem Ersten Weltkrieg durch den Proporz bewirkten Aufholen der Sozialdemokraten und dem Einzug der neu gegründeten Bauernpartei ist es bei jeweiligen kleineren Ausschlägen des Pendels nach rechts oder links geblieben, die sich rasch wieder korrigiert haben. Auch das Auftauchen neuer Bewegungen wie des Landesrings der Unabhängigen und der gegen die Überfremdung angetretenen Schwarzenbach- und Oehengefolgschaft hat daran nichts Grundsätzliches zu ändern vermocht.

Ein Wort zu den 79er Wahlen: Wenn 1975 die Sozialdemokraten mit der

Rückgewinnung von 5, vier Jahre zuvor an die «National-Republikaner» verlorenen, und dem zusätzlichen Erwerb von 4 neuen Sitzen triumphiert und laut nach einer Änderung der Regierungskoalition gerufen hatten, in welcher sie mit dem christlichsozialen Flügel der Katholischen und dem Landesring das Heft in die Hand nehmen und den Freisinn in die Wüste schicken wollten, war das ein Traum, der an der Realität zerbrach. 1979 hat der Freisinn seine Verluste durch den Gewinn von vier Nationalratsmandaten wettgemacht, während die SP ebenso viele verlor.

Doch wäre es ebenso falsch gewesen, diesmal von einem «eindeutigen Sieg der Bürgerlichen» zu sprechen. Zwar waren mit den Sozialdemokraten auch die PdA-Kommunisten in einen für die Linke ungünstigen Sog geraten, doch wurde deren Verlust durch 3 Sitze der neu auf der Szene auftauchenden POCH und je ein Mandat der in der Waadt erstmals erfolgreichen Umweltschutzparteien sowie der unabhängigen Christlichsozialen aus dem Jura mehr als ausgeglichen. Ausserdem wurde das Bild nicht unbeträchtlich durch den Ausgang der Ständeratswahlen verändert, in welchen die Sozialdemokraten mit vier dem Freisinn abgenommenen Sitzen sich schadlos hielten; frühere vergebliche Grossangriffe auf die bürgerliche Bastion in der Kleinen Kammer waren jetzt erfolgreich.

Der Stand des abtretenden Parlaments ergibt, dass FdP und CVP mit je 62 Vertretern und 60 Sozialdemokraten in der Vereinigten Bundesversammlung die Rangliste in unveränderter Stärke anführen. Sie bilden zusammen mit den insgesamt 28 Reprä-

sentanten der bäuerlich/gewerblichen Volkspartei ungefährdet die Regierungskoalition, die unter sich die sieben Bundesratssitze verteilt. Wäre diese Koalition geschlossen, was sie allerdings in der Praxis nicht ist, könnte sie alle Vorlagen im Parlament durchbringen. Sie kommt in den über Sachgeschäfte getrennt verhandelnden beiden Kammern auf ansehnliche Mehrheiten, im Nationalrat 169 von 200 Stimmen, im Ständerat sogar 43 von 46 Stimmen. Auch wenn man eine Aufteilung nach Ideologien vornimmt und die Sozialdemokraten den drei bürgerlichen Partnern gegenüberstellt, müsste sich in der grossen Kammer ein Übergewicht von 125 (mit den Liberalen von 133) «Rechten» über 51 «Linke» ergeben, welche durch die Splitterparteien nicht entscheidend verstärkt werden können. Im Ständerat ergäben sich Mehrheiten von 34, beziehungsweise 37 gegen 9 Stimmen.

In Wahrheit liegen die Verhältnisse nicht so einfach. In Sachfragen ist das bürgerliche Lager selber nicht geschlossen, wobei nicht nur der christlichsoziale Teil der Christdemokraten, der eine besondere Neigung zu sogenannten fortschrittlichen Lösungen zu verspüren scheint, aus der Reihe tanzt. Zuweilen geht die Spaltung durch alle Parteien, so dass oft ein in Absprache vermeintlich gesicherter Kompromiss das Opfer unterschätzter Oppositionsströmungen geworden ist. Und wenn eine schliesslich vom Parlament verabschiedete Vorlage durch Referendum dem Entscheid des Stimmbürgers unterstellt werden muss, wird die Berechenbarkeit des auf Einvernehmen eingestellten Handels erst recht in Frage gestellt. Doch das ist ein anderes Kapitel . . .

«Grünes Licht» für mehr Opposition?

Zunächst zu den bevorstehenden Wahlen: Könden sich, auch gegen alle Erfahrung, diesmal nicht doch grössere Umschichtungen an? Die Frage könnte auf den ersten Blick zu einer weniger sicheren Beurteilung der Aufrechterhaltung der bisherigen Machtverhältnisse Anlass geben.

Da wäre vor allem das Auftreten der «Grünen» anzuführen. Könnte ferner nicht die offenbare Müdigkeit des Souveräns auch auf das Wahlgeschäft sich auswirken? Er ist der parteipolitischen Streitereien um Positionen und Positiönchen, der wegen der erhöhten Gesetzesproduktion sich mehrenden Urnengänge zu Sachvorlagen überdrüssig. Werden sich anstelle des parteitreuen Wählers mit und um die «Grünen» herum alle die Kernkraftwerkgegner und Umweltschützer, die Armeegegner und die bloss gegen ein Waffenplatzprojekt Sturmlaufenden, die mit Demonstrationen und Bürgerinitiativen protestieren, an den Wahlurnen einfinden und das feste Gefüge der Parteien mit der gezielten Unterstützung extremer Kandidaturen gefährden?

Der latenten «Gefahr», so man diesen Aufbruch aus den Tiefen der Gesellschaftskritik zur in demokratischen Formen sich manifestierenden Opposition als solche bezeichnen will, stehen Fakten gegenüber, die nicht zu übersehen sind; z. B. die schon bei der Konstituierung der neuen Gruppierungen zutage getretenen Differenzen, die zu einer Distanzierung der «Gemässigt Grünen» von den «Rot-Grünen» geführt haben.

Zur gemässigten «Föderation der

Grünen Parteien der Schweiz» haben sich mit dem waadtländischen «Groupement pour la protection de l'environnement», das vor vier Jahren schon den Einzug in den Nationalrat geschafft hat, ähnliche Gruppierungen aus Neuenburg und Genf sowie zwei Umweltschutzgruppen aus Zürich und der Nordwestschweiz zusammengeschlossen. Es handelt sich um kleine und kleinste Grüppchen, wie anlässlich der Vorstellung der aus den Beiden Basel, dem Aargau und Solothurn sich rekrutierenden Nordwestschweizer Grünen publik geworden ist: Diese können in vier Kantonen sage und schreibe 20 eingeschriebene Mitglieder zählen. Nichtsdestoweniger will man «durch aktive Teilnahme am politischen Leben» den Schutz und die Verbesserung der Umwelt im weitesten Sinne fördern, das Gleichgewicht zwischen Natur und Mensch wiederherstellen und die menschlichen Werte gegenüber Angriffen der Technokratie verteidigen. Die Proklamation wirkt sympathisch.

Anders die Rot-Grünen, im Politjargon «Kürbisse» genannt: Sie führen in ihrem Programm zwar ebenfalls mit Priorität den Umweltschutz an. Aber dieser soll nicht nur mit einzelnen Massnahmen betrieben werden, sondern in den Rahmen einer neuen Wirtschafts- und Eigentumsordnung gestellt werden. Ebenfalls wird eine aktive Friedenspolitik mit dem Fernziel einer Abschaffung unserer Armee verfolgt. Es haben sich zu ihrer «Grünen Alternative der Schweiz» Alternativen aus Zürich, Bern und der Waadt, ein «Groupement autrement Vaud», der «Combat socialiste Jura», die Partei für Frieden und Umweltschutz Zürich, sowie bereits anderweitig bekannt ge-

wordene Sonderzüge wie das «Kritische Forum Ibach (SZ)» und die Gruppe «Läbigs Zofige» vereint. Zum Teil stehen diese Gruppen der POCH nahe, die sich um eine Anbiederung bemüht, deren Effekt weitere Fortschritte dieser in den Räten schon in Erscheinung getretenen Progressiven Organisationen sein könnte. Eine ähnliche «Wahlverwandtschaft» mit Nebenfolgen zeichnet sich im Verhältnis zur PdA ab, die sich seit dem Auftreten der Grünen ebenfalls betont grün gebärdet.

«Unbotmässigkeit» und Schranken des Wahlsystems

Wenn das Geschehen dieserart eher Verschiebungen linksaussern verheissen könnte und höchstens den Landesring mit seiner stets wechselnden Anhängerschaft sowie jene sozialdemokratischen Kantonalparteien beunruhigen dürfte, die – wie die Basler und die Zürcher Partei – durch Richtungsstreitigkeiten gespalten sind, gibt es doch auch Anzeichen, die im bürgerlichen Lager für Ungewissheit sorgen. Es ist namentlich an Vorkommnisse im Berner Freisinn zu erinnern: In Bern bietet sich nach Querelen um die Schliessung des Autonomen Jugendzentrums in der Städtischen Reithalle eine «Freie Liste» von ehemals oder nur noch nominell Freisinnigen dem Wähler als Alternative an. Ihre Gallionsfiguren sind die streitbare Grossrätin Leni Robert, die sich mit dem freisinnigen städtischen Polizeidirektor «angelegt» hat und deshalb nicht auf die freisinnige Kandidatenliste genommen wurde, sowie der regsame Arzt und Stadtrat Lukas Fierz. Besonders die einstige freisinnige «Paradefrau»

scheint über die Ausstrahlung zu verfügen, die dazu führen könnte, dass sich über die Kaltstellung dieser Politikerin empörte Frauen sammeln und aus der Demonstration eine Persönlichkeitswahl machen, die ähnliche Ausmasse annehmen würde wie der überraschende Erfolg der POCH bei den Luzerner Grossratswahlen vom Frühjahr, der allein der Zugkraft des «guten Doktors» Mattmann zugeschrieben wird.

Die Auswirkungen auf das Gesamtergebn sind naturgemäss begrenzt. Bleiben wir beim Berner Beispiel: Insgesamt hat der Berner Stimmbürger 29 Nationalratsmandate zu verteilen, die heute 10 Bauern und Gewerblern, 9 Sozialdemokraten, 6 Freisinnigen, einem separatistischen Christdemokraten, einem Evangelischen, einem Landesringler und einem «Nationalen» zugeteilt sind. Wer neu in die Arena tritt, um den Besitzenden auch nur einen Sitz abzujagen, hat auf seine Liste mindestens einen 29tel oder dreieinhalb Prozent aller abgegebenen Stimmen zu vereinen. Das ist weniger einfach, als es scheinen mag, denn in dem vielfältigen Kanton mit seinen insgesamt 27 Amtsbezirken, die jeder für sich in den Parteiinternen «Vorwahlen» darnach getrachtet haben, einen engeren Landsmann auf eine der rund anderthalb Dutzend kantonalen Listen zu bringen, ist das Charisma auch einer starken Persönlichkeit beschränkt. Von den 29 Berner Ratsherren und -frauen kommt nur ein Drittel aus der städtischen Agglomeration Bern. Die andern rekrutieren sich aus dem Oberland, dem Emmental, Seeland, Ob- und Nidertessin und dem Berner Jura, die von innerparteilichen Rankünen der Stadtbevölkerung nicht berührt werden.

Und wie schon auf kantonalem Boden die Wahlchancen in der Praxis stärker beschnitten sind, als sie nach dem grossen Lärm sich anbieten möchten, wird landesweit nochmals relativiert: Der Nationalrat setzt sich aus Deputationen von 26 Wahlkreisen zusammen, in deren jedem eine Ausmar- chung der Mehrheiten ohne Übertra- gungsmöglichkeit von Stimmenüber- schüssen in andere Kreise erfolgt. Da- durch wird die Ausbreitung neuer Be- wegungen zusätzlich «abgeblockt».

Gründe zur Besorgnis

Wenn also die herkömmliche Zusam- mensetzung unseres Parlaments und damit auch der Landesregierung nicht direkt bedroht erscheint, bleiben doch Anzeichen, dass manches im Staate Schweiz nicht mehr unproblematisch ist. So stimmt besonders der bei den letzten Nationalratswahlen manifest gewordene Beteiligungsrückgang an diesem wichtigsten Urnengang nach- denklich.

Über die *Stimmabstinenz* des schwei- zerischen Souveräns ist in den letzten Jahren mehr als genug geschrieben worden – anklagend und beschwich- tigend. So ist darauf hingewiesen wor- den, dass die Beteiligung an Sachab- stimmungen – von diesen war bisher vor allem die Rede – auch früher schon etwa bescheiden gewesen ist. Das wurde darauf zurückgeführt, dass das zum Entscheid gestellte Anliegen nur geringes Interesse zu wecken ver- mochte. In ihrer Mehrheit bewegten sich die Beteiligungsziffern im letzten Jahrhundert zwischen 60 und 70 Pro- zent. Dieses Verhältnis hat sich zu- nächst trotz Vermehrung der gesetz-

geberischen Aktivität auch in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg nicht so rasch geändert. Ja, es sind aus den Zwischenkriegsjahren wahre Rekord- ergebnisse zu verzeichnen, wenn es um als essentiell empfundene Fragen ging: Am Entscheid über den Völkerbunds- beitritt haben im Mai 1920 77,5 Pro- zent der Stimmbürger ihr Interesse be- kundet, die Verwerfung der Krisen- initiative von 1925 ist bei einer Stimm- beteiligung von 84,5 Prozent zustande gekommen, und die höchste je er- reichte Quote war mit 86,3 Prozent am 3. Dezember 1922 zu registrieren, an welchem Tag der Souverän über eine Vermögensabgabe zu befinden hatte.

Auch in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg waren immer wie- der Sprünge nach oben festzustellen: So bei der Revision der Wirtschafts- artikel und der Einführung der AHV, die 1947 am gleichen 6. Juli rund 80 Prozent der Wähler an die Urne brach- ten. Der Trend aber ist nach unten ge- gangen. Heute liegen die Durch- schnittszahlen, an denen selbst so wichtige Entscheide wie die 1973 gut- geheissene Ausmerzung der Kultur- artikel aus der Bundesverfassung nichts zu ändern vermochten, zwischen 30 und 40 Prozent. Nur die Abstim- mungen über die ersten Überfrem- dungsinitiativen zu Beginn der siebziger Jahre störten die Lethargie und trieben die Stimmbeteiligung auf über 70 Prozent.

Versuchte man das Absinken anfänglich verständnisvoll mit der schon angedeuteten mangelnden Überzeu- gungskraft einer überhandnehmenden Gesetzesfabrikation zu erklären und sich damit fatalistisch abzufinden, hat es doch Aufsehen erregt, als nach den Nationalratswahlen 1975 konstatiert

werden musste, dass auch an diesem für das Funktionieren unserer Demokratie richtungweisenden Akt nur noch jeder zweite Stimmbürger teilgenommen hatte. Man hat alarmiert im Bundeshaus Untersuchungen in Auftrag gegeben, die dem Phänomen auf den Grund gehen sollten. Sie sind, ausgestattet mit mannigfachen Erklärungsversuchen und harmlosen Verbesserungsvorschlägen der Experten, prompt abgeliefert worden, haben aber am Gang der Dinge nichts geändert. Und vor vier Jahren im Oktober, als die Resultate der Nationalratswahlen 1979 vorlagen, hat man sich bestürzt die Augen gerieben: Trotz aller Erleichterungen und Popularisierungsversuche des Wahlgeschäfts, wie sie von den Medien im Grossen betrieben worden waren, hatten sich nur 47 Prozent der Bürger zur Erfüllung ihrer Pflichten bewegen lassen. Was stimmt nicht mehr? Hat der Souverän abgedankt?

Hintergründe der Verweigerung

Zahlreiche weitere Untersuchungen haben die Hintergründe der Verweigerung erforscht. Aus dem Überangebot an Erklärungsversuchen, die ganze Dossiers füllen, seien zwei jüngste Publikationen herausgegriffen.

Eine Untersuchung ist im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «Entscheidungsvorgänge in der schweizerischen Demokratie» durchgeführt worden. Im ersten Teil des Wälzers hat *Hans Hertig* die Zerlegung von einem Dutzend Urnengängen mit 41 Einzelvorlagen, wie sie heute regelmässig in sogenannten «Vox-Analysen» vorgenommen werden, einer ver-

tieften Nachprüfung unterzogen. Seine Schlussfolgerungen, die nach allem, was schon publiziert worden ist, nur insofern überraschen, als er von einer «Käuflichkeit» der Abstimmungserfolge spricht, lassen sich so zusammenfassen, dass schlechte Stimmbeteiligung, allgemeine Interesselosigkeit und sachliche Unkenntnis des Bürgers eine Einheit bilden.

Aufschlussreicher ist im Hauptteil des «Statement» nachzulesen, der von dem in Bern lehrenden Nestor der politischen Wissenschaften, Professor Dr. *Erich Gruner*, verfasst und unter den richtungweisenden Titel gestellt worden ist: «Der Stimmbürger und die ‚neue‘ Politik». Gruner gelangt zur Erkenntnis, dass sich die politischen Auseinandersetzungen unserer Tage nicht mehr in das herkömmliche System einordnen liessen: «Die Konflikte laufen neuen Fronten entlang, da die Gegner nicht mehr ideologieorientiert sind, sondern sich in immer neu gruppierten Gesellschaftssegmenten gegenüberstellen.» Die herkömmlichen Parteien, so sie noch einer Gesamtschau der Politik Rechnung zu tragen versuchen, sähen sich mit Organisationen und Gruppen konfrontiert, die sich auf ein einziges Problem beschränkten und dieses verabsolutierten. Gruner sieht die Wurzel dieser «Neuen Politik» in der pessimistischen Grundstimmung, die den in den sechziger Jahren noch überbordenden Wachstumsglauben abgelöst und im Extremfall zur Verurteilung von Technik und Wachstum, ja zu einer Zukunftsangst geführt hat.

Aber nicht nur die Grundstimmung hätte gewechselt. Die Entwicklung zum Sozialstaat, die Untergrabung der Souveränität des Nationalstaats durch eine zunehmende Internationalisierung

der Wirtschaft, Wandlungen im Bereich von Familie, Jugend und Sexualität, eine von den Medien vorge-täuschte Wirklichkeit –, all das habe zusammengewirkt, «die Welt im Überschalltempo zu verändern», ohne dass diese Veränderungen bewältigt worden wären. So wäre es naheliegend, dass auch das Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat nicht unberührt bleiben konnte. Der Staat versucht den erhöhten Ansprüchen Rechnung zu tragen, erweist sich aber in überalterten Strukturen als zu unbeweglich, angepasste Lösungen dafür zu finden: Die überalterte Mehrheit der Stimmenden beharrt auf eingenommenen Positionen, die Jungen wenden sich enttäuscht ab.

Zwischenfrage: Hat es die Jugend je anders gehalten? Neu ist nur, dass von den Abseitsstehenden eine «Gegenpolitik» aufgezogen wird, die sich in Aktionen ausserhalb der herkömmlichen Institutionen äussert. So sind aus innerer Not und Protest Antiatom- und Friedensbewegungen entstanden, die trotz ihrer Heterogenität mit der Erhebung zur kollektiven Verweigerung landesweit Gegenkräfte entfalten und nicht länger zu übersehen sind. Was heute schon als Ausstrahlung des Ökologiebewusstseins auf die Programme der etablierten Parteien wirkt, könnte morgen zu härteren Auseinandersetzungen um die Bewältigung der Zukunft führen und eine neue Politik fördern, die sich nicht mehr mit Korrekturen innerhalb unseres politischen Systems begnügt, sondern zur «Kontrasystem-Opposition» würde.

Die «Filzokratie»

An diesem Punkt knüpft die andere Publikation an: Mit seinem neuen

Buch «Wer regiert die Schweiz?» hat Tages-Anzeiger-Redaktor *Hans Tschäni* das Fehlverhalten der in der Regierungskoalition zusammengeschlossenen Kräfte blosszustellen versucht und damit einen «Bestseller» produziert. Wie Tschäni anhand von mit Fleiss zusammengetragenen Beispielen dartut, liessen sich diese, statt ihr mit dem Amtseid abgelegtes Versprechen, «alle auferlegten Pflichten gewissenhaft zu erfüllen», von einem hintergründigen «Machtklumpen» dazu verleiten, Sonderinteressen mehr als gut Rechnung zu tragen. Eine von Verbandsbossen und allzu zahlreich im Parlament vertretenen, durch Ämterkumulation verhängten kantonalen und kommunalen Regierungsvertretern angeführte «Lobby» habe zur verhängnisvollen Degeneration unserer halbdirekten Demokratie in eine «Filzokratie» geführt, von der sich der Bürger abwende.

Die «Beweisführung» ist insoweit eindrücklich, als tatsächlich sichtbar gemacht werden kann, wie die Willensbildung bei der politischen Entscheidung von Anfang an bis zur Bereinigung des schliesslich vom Parlament verabschiedeten Kompromisses von den immer gleichen Kräften beeinflusst wird. Diese beteiligen sich als von der Verwaltung bestellte Experten schon an den Vorbereitungen eines Gesetzes durch das zuständige Departement. Sie treten ebenso in der nächsten Phase in Erscheinung, in welcher der so erarbeitete Vorentwurf Verbänden und Parteien zur Vernehmlassung unterbreitet wird. Man begegnet ihnen wieder in einseitig zusammengesetzten Kommissionen, die hinter geschlossenen Türen die aufgrund dieser Vorarbeiten von der Landesregierung zu-

sammengestoppelte Vorlage des Bundesrates für die Verhandlungen im Ratsplenum vorberaten. Letzteres bringe an solchen, sorgfältig auf ein «Konsensband» eingestimmten Anträgen nur in den seltensten Fällen noch wesentliche Änderungen an, so dass es sich bei den öffentlichen Ratsverhandlungen nur noch um Scheingefechte handeln würde. Wäre es angesichts dieser Strategie nicht eher verwunderlich, wenn der bis dahin übergangene Souverän dort, wo er zur Sanktionierung des Handels letztinstanzlich angerufen wird, sein Mitspracherecht noch pflichtbewusst ausüben würde?

Die Tatsachen sind in der Anlage richtig nachgezeichnet: Die Schlüsselstellungen in unserem Staat werden in einem engen Kreis verteilt. Die Behauptung Tschäni wird mit einem eindrücklichen Auszug aus dem Orell-Füssli-«Verzeichnis der Verwaltungsräte» belegt, durch den die ausserparlamentarischen Mandate sämtlicher 246 National- und Ständeräte offengelegt werden. Es gibt Kombinationskünstler, die es auf über zwei Dutzend Mandate bringen. Man kann sich fragen, wie sie daneben noch Zeit für die Erfüllung ihrer Aufgabe als Parlamentarier finden. Es gibt am andern Rand allerdings auch Extreme, deren Register völlig blank ist, und wer aus eigener Personenkenntnis heraus die beiden vergleicht, kommt nicht unbedingt zum Schluss, dass die weniger gut «Betrachten» die besseren Volksvertreter seien. – Die Offenlegung der Interessen bilden übrigens derzeit Gegenstand interner Reformbestrebungen. Ob sie etwas abwerfen, ist eine andere Frage.

Interessenvertretung ist eine Erscheinung, die bei der Ordnung der Staatsgeschäfte unter dem Signet, das

Wohl der Gesamtheit zu wollen, nicht nur an den Schalthebeln der Macht die Geschehnisse kennzeichnet; sie wird auch ganz zuunterst geübt, wobei der Wähler bewusst die Vertreter in die Schaltstellen abordnet, von denen er meint, dass sie seine Interessen am besten verfechten. Wer sich mangels eigener «Hausmacht» ins Abseits gestellt sieht, mag seiner Kaltstellung zu Recht nachtrauern. Und seine Freunde mögen es beklagen, dass nicht «die Wägsten und Besten», sondern die mit den stärkeren Ellenbogen leichter nach oben kommen. Sie haben dafür meist ihr Privatleben geopfert. Übrigens wäre in aller Nüchternheit zu fragen, ob die Dinge besser geordnet würden, wenn nicht die Tatkräftigen und Erfolgreichen, sondern lauter ideenreiche Köpfe sich an der Lösung unserer Probleme versuchten. Gewiss, mehr Ideen täten uns not, aber auch die Realisatoren sind wichtig, die sie durchsetzen können. Es gibt in unseren Räten beide Gattungen.

«Insider»-Schlussworte

So stellt sich bei näherem Zusehen manches weniger einfach dar, als es Kritiker sehen und mit gut gemeinten, nicht immer guten Reformvorschlägen ändern möchten. Tschäni möchte gerechtere Entscheidungsmechanismen schaffen, mehr Gewicht auf klare Gewaltenteilung und Öffentlichkeit der Willensbildung legen; er möchte, dass unabhängigere Sachverständige beigezogen, feinere Wahl- und Abstimmungsregeln eingeführt und das fakultative Referendum, das heute allzuoft als Druckmittel eingesetzt wird, abgeschafft würden. Nehmen wir gegen-

über solchen Einwänden und Anregungen einige Überlegungen noch zur Kenntnis, die ein als Unabhängiger anerkannter Insider des Parlaments vor drei Jahren festgehalten hat. Sie stammen vom liberalen Neuenburger Ständerat und Staatsrechtslehrer *Jean-François Aubert*, der oft schon mit seinen freimütigen Gedanken Aufsehen erregt hat.

Auch Aubert hat ein Buch geschrieben, das von unserer Demokratie handelt und nicht weniger dokumentiert ist. In seinem «So funktioniert die Schweiz» legt er ebenfalls an konkreten Beispielen dar, wie es in der Praxis zugeht. Er kommt zu weniger harten Schlussfolgerungen. So wird dargetan, wie öfters das Schicksal einer der von Tschäni in unappetitlicher Weise als wohl «ingespeichelt» bezeichneten Vorlagen eben doch bis zuletzt ungewiss bleibt: «Oft genug werden die Entscheidungen mit ein paar Stimmen Unterschied gefällt. Hier (gemeint ist das Ringen um im Plenum eingebrachte Abänderungsanträge) ist das Parlament unberechenbar.» – Und als erst recht unsicher haben sich nach seiner Erfahrung vorab die Referendumsabstimmungen erwiesen, die oft anders ausgehen, als es sich die «Filzokratie» vorgestellt hat. Auch dazu stehen beweiskräftige Unterlagen zur Verfügung. – Skeptisch äussert sich Aubert zur Anregung, bei der Vorbereitung eines Geschäfts mehr die Wissenschaft als die Politiker zum Zug kommen zu lassen: «Die Wissenschaftler vertreten selbst verschiedene Ansichten . . . entscheiden (müssen) schliesslich doch die Behörden und die Stimmbürger.»

Überhaupt habe die «Koalitions-wirtschaft», die so sehr auf die Kritik

ideal gesinnter Kritiker stösst, ihre zwei Seiten: Unsere auf den Proporz-wahlen basierende Vierparteienregie-rung, die nun schon zwei Dutzend Jahre dauert, hat zwar den Nachteil, dass die – allerdings durch das Mitspracherecht des Volkes in Sachfragen ohnehin relativierten – «Machtverhältnisse» verwischt werden. Gegenüber klareren Abgrenzungen, wie sie durch den Majorz herbeigeführt werden könnten, haben sie den Vorzug, nicht alle paar Jahre zu Umwälzungen zu führen, die gewiss dem Frieden im Land abträglich wären. Das Schweizervolk scheint das System, das den «Kleinen» ein grösseres Mitspracherecht einräumt, allen Abnützungserrscheinungen zum Trotz zu billigen, wobei offenbleiben soll, wieweit von einem «Volkswillen» gesprochen werden kann.

Dazu Aubert: «Das Schweizervolk, das sich an die Urne begibt, ist und bleibt eine Fiktion. Es gibt ein Schweizervolk, in Zeiten der Bedrohung etwa oder in jenen Momenten der Gnade, wo aller Streit vergessen wird. Es gibt aber kein Schweizervolk bei einer Volksabstimmung!» In normalen Zeiten – Aubert bestätigt hier die schon aufgestellte Behauptung – ist dieses Volk ebensosehr in Interessen aufgespalten wie seine Vertreter, die es mit deren Wahrung betraut.

Man mag an unseren Institutionen herumbasteln und sie zeitgemässer ausgestalten wollen, wie es mit der nun schon 16 Jahre vergeblich auf eine tragende Idee wartenden Totalrevision der Bundesverfassung beabsichtigt ist. *Ernst Brugger* hat die Situation einst so charakterisiert: «Wir leben heute in einem technischen Zeitalter und man glaubt deshalb, man könne durch Or-

ganisieren und Institutionalisieren einen guten Staat kreieren. Für die Qualität eines Staates sind nicht organisatorische, sondern menschliche Faktoren ausschlaggebend. Wenn die Stimmbürger das einsehen und sich in diesem Sinn verhalten und engagieren, werden wir auch in Zukunft grosse Probleme lösen können.»

Es ist vom persönlichen Engagement die Rede. Wir meinen, dass dazu ebenso sehr die Teilnahme des Bürgers im kleinen Kreis der Gemeinde gehört,

wo – ohne dass hier «unfassbare Mächte ihr undurchsichtiges Spiel» treiben könnten – die in Bund und Kantonen überhandnehmenden Abstinenzerscheinungen wenn möglich noch deutlicher zu beobachten sind. Die Besserung fängt mit der Eindämmung der Ansprüche an den Staat und mit der Übernahme der Verantwortung im persönlichen Bereich an. Das ist die alte «neue Politik», die wir brauchen.

Arnold Fisch

Findling aus den sechziger Jahren

Zum SPS-Programm von 1982

Der Werdegang des neuen SPS-Programms

In ihrer 95jährigen Geschichte hat die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) zum sechsten Male ein Programm verabschiedet. Dem Gründungsprogramm von 1888 folgten Revisionen in den Jahren 1904, 1920, 1935 und 1959. Das Parteiprogramm von 1982 ist in sechs Jahren eher mühselig erarbeitet worden.

Der SPS-Parteitag von 1976 in Montreux beschloss die Totalrevision des Programms von 1959. Die SPS müsse sich «auf der Grundlage eines ‚Bruchs mit dem Kapitalismus‘ programmatisch neu definieren» (Rote Revue/Profil 10/1982). Die parteiinterne Diskussion kam allerdings erst ab 1980 in Schwung – nach der Veröffentlichung des «Roten Büchleins», d. h. des von der Arbeitsgruppe Programmrevision verabschiedeten

(ersten) Entwurfs. Dieser, von seinen «Vätern und Müttern» als «Selbstverwaltungs-Pionierarbeit» gelobt, ging grossen Teilen der SPS zu weit¹. Dem Parteitag von Interlaken im Jahre 1981 wurde in der Folge ein «Thesenpapier» («Leitlinien für ein neues Programm») vorgelegt. Er hiess es gut und beauftragte eine 35 Personen umfassende Kommission, für den Parteitag 1982 in Lugano einen (zweiten) Programmentwurf auszuarbeiten. Immerhin beschlossen die Delegierten in Interlaken folgenden Grundsatz mit grossem Mehr: «Eine historische Wende ist fällig. Die Delegierten des Parteitages 1981 in Interlaken erkennen in der Selbstverwaltung im Sinne des Programmentwurfes² – neben den bisherigen Mitteln der parlamentarischen Demokratie – die Hauptstossrichtung der künftigen Politik der SPS.»

In der neuen Programmkommission

konnte das eher pragmatisch orientierte Parteimanagement das Steuer relativ bald an sich reißen und damit die Richtung der Diskussion bestimmen. Die unterlegenen «Intellektuellen» stellten dem Text der Kommissionsmehrheit («Dossier SPS/PSS Programmentwurf 1982») einen Minderheitsentwurf («Lugano: eine Programmetappe») entgegen. Beide Entwürfe wurden den SP-Sektionen zugestellt. In Lugano folgten die Delegierten den Anträgen des Parteivorstandes; sie nahmen mit grossem Mehr und wenigen substantiellen Änderungen den Entwurf der Kommissionsmehrheit an³. Dieser kommt jedoch den Vorstellungen der Minderheit – von deren beiden Steckenpferden (Selbstverwaltung als zentrale Zielsetzung und Distanzierung vom bürgerlichen Staat, «weil der Vorrat an gemeinsamen Wertvorstellungen erschöpft sei»⁴) abgesehen – recht weit entgegen. Das Gemeinsame überwiegt m. E. bei weitem das Trennende. In der Substanz sind fast keine Abweichungen festzustellen, höchstens in «timing», Dosierung und Formulierung. Wesentliche Passagen sind sogar nicht nur nach Gehalt und Inhalt, sondern auch in der Formulierung identisch.

Funktionen, Grundlagen, Aufbau

Laut Kommissionsmehrheit hat das Programm *drei zentrale Funktionen* zu erfüllen. Es soll sein

- Richtschnur für die politische Praxis,
- Garant der Parteiidentität,
- Anstoss für Lernprozesse und Instrument zur Erneuerung der Partei (ebd. S. 10).

Die dem Programm zugrundeliegende «politische Philosophie» wird wie folgt umschrieben.

1. Ausgangspunkt sei eine *Analyse der Gesellschaft*, d. h. eine Beschreibung der «Situationen, wie die Menschen heute die Krise der Existenz, die Wachstumskrise, die Staatskrise und die internationale Krise erleben und erfahren». Inhaltlich, nicht aber sprachlich, finde sich in der Analyse «die eindrückliche *Schilderung des Kapitalismus beim jungen Marx*» wieder, «wie sich die kapitalistische Produktionsweise nach und nach alle Lebensbereiche unterwirft . . .».

2. Der «historisch-analytische Fundus» des Programms sei «die *Programmatik des Ökosozialismus*». Er beinhalte «klar und unmissverständlich die Überwindung des Kapitalismus, den Bruch der Vorherrschaft des Ökonomischen über den Menschen . . .». Kapitalismus wird definiert als «einerseits private Verfügungsgewalt über das Kapital und andererseits kapitalistische Akkumulation mit ihrem eigengesetzlichen Zwangscharakter des Wachstums».

3. Per definitionem sei der Ökosozialismus «*ekklektisch*, d. h. *aus verschiedenen Denkrichtungen zusammengesetzt*, gleich einem «Baukasten». Ein «Monolithismus» sei heutzutage in der linken Partei nicht mehr möglich. Es gelte sowohl eine «immer noch klassenbewusste Wählerbasis» zu mobilisieren wie auch «Leute, die an einem bestimmten Einzelthema sensibilisiert worden sind: an der Frauenfrage, am Elend der Dritten Welt, an der Zerstörung der Naturumwelt, an der AKW-Frage».

4. Der «*Linkspluralismus* innerhalb der SP» und damit die «Segmentierung der Partei» sei zu akzeptieren. Die SPS sei kein «einheitlicher Block mit festen, weltanschaulichen und organisatorischen Grenzen» mehr. Die Partei habe jedoch für die Verständigung unter den verschiedenen «Anhängersblöcken» zu sorgen, d. h. interne Allianzen zu bilden für eine gemeinsame Stosskraft in wichtigen Grundfragen».

Vom *Aufbau* her gliedert sich das Programm in einen 17 Abschnitte umfassenden «*Grundsatzteil*» mit den Antworten «auf die wichtigsten Betroffenheiten unserer Zeit, die Grundwerte und politischen Leitlinien des demokratischen Sozialismus». Im zweiten Teil werden 20 *Einzelbereiche der Politik* «im Sinne von Wegleitungen und Anregungen für die politische Praxis und unter Berücksichtigung unserer neu formulierten Grundsätze konkretisiert». Einzelne oder mehrere dieser Bereiche können aber «von jedem ordentlichen Parteitag der SP Schweiz ... revidiert und den aktuellen politischen Verhältnissen angepasst werden» (Programm 1982, S. 37).

Wesentliche Zielsetzungen

Oberstes Programmziel ist das *Schaffen einer neuen, d. h. heilen und gerechten Gesellschaft*. In den nächsten zwei Jahrzehnten will die SPS

- die technologische Entwicklung «mit *Rahmenbedingungen* und *sektorieller Investitionslenkung* (z. B. Lenkungsabgaben bei der Energie, beim Verkehr), aber auch mit Ge-

boten, Verboten und Grenzwerten beim Umweltschutz in den Griff ... nehmen»,

- Produktivitätssteigerungen «vermehrt durch *Arbeitszeitverkürzungen* ... an die Lohnabhängigen weitergeben» (Rote Revue 10/1982),
- die *Produktionsmittel* schrittweise «in die gesellschaftliche Verfügungsgewalt» überführen, und zwar mit dem Kapitalbeteiligungsmodell für Arbeitnehmer,
- überhaupt die *Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickeln*. Dazu brauche die SP «diesen Staat». Allerdings gehe «der Glaube an die staatliche Machbarkeit des Sozialismus ... nicht mehr so weit wie in früheren Programmen». Die Verstaatlichung stelle für die Sozialdemokratie «kein Allerweltsheilmittel dar, und der staatliche Machtapparat soll in der dezentralisierten Selbstverwaltung seine Beschränkung finden».

Letzteres ist, wie die Kommissionsminderheit der Mehrheit vorhielt, eine bemerkenswerte Abkehr vom traditionellen Etatismus der SP. Man könnte auch sagen: Es ist *ein noch konsequenterer Marxismus*, denn nach dieser Lehre wird der Staat letztlich überflüssig und geht in der Gesellschaft auf. Es ist daher nur logisch, wenn im Programm festgehalten wird: «*Wir sind eine Partei für die Gesellschaft und nicht Staatspartei*» (Programm 1982, S. 27). Das wird andernorts noch deutlicher unterstrichen: «Wer den Wertschöpfungsprozess beherrscht, beherrscht die Existenz der Arbeitenden, beherrscht den Staat, kann Gesetze erzwingen, beherrscht die Medien, lenkt Erziehung, Kultur

und Kunst. *Deshalb geht es in unserem Kampf um die Macht in der ganzen Gesellschaft*» (ebd. S. 42).

Umsetzungs- und Übergangsstrategien

Die SPS ist sich klar darüber, dass sie ihre Zielsetzungen höchstens schrittweise verwirklichen kann. Daher hat sie eine Umsetzungs- und Übergangsstrategie entwickelt, woraus folgende vier einander ergänzende und bedingende Teil-Strategien herausgegriffen werden sollen.

Bearbeitung entscheidender politischer Bereiche

Angesichts des verfügbaren Raums beschränken wir uns auf eine Auswahl der von der SPS besonders visierten politischen Bereiche.

Wirtschaftspolitik: Ihre ordnungspolitischen Vorstellungen erläutert die SPS im Abschnitt «Markt und Lenkung». Sie strebe «einen Rahmen an, der von der Öffentlichkeit im Allgemeininteresse bestimmt wird». Darunter sei eine *Rahmenplanung* zu verstehen für

- «Vollbeschäftigung und den Ausgleich der Konjunkturschwankungen
- neue Wirtschaftsstrukturen, die den Wandel der Technik und der ausenwirtschaftlichen Zwänge berücksichtigen
- die Geld- und Zinsentwicklung
- den Schutz der Umwelt
- den Ausgleich zwischen den Regionen» (ebd. S. 40, 41).

Als entsprechende «*neue Lenkungsinstrumente*» werden namhaft gemacht

- «Gebote, Verbote, Grenzwerte und gezielte Förderungen», die «unerwünschte oder gefährliche Produktionen verhindern»,
- «Öffentliche Lenkungsabgaben und -zuschüsse», um die Investitionen in bestimmte Bahnen zu lenken,
- Vorschriften für Banken und Finanzgesellschaften «für die Kreditzuteilung zugunsten von finanzschwachen Regionen oder Branchen und zugunsten einer sinnvollen Verwendung, z. B. im Wohnungsbau oder für Aufgaben der öffentlichen Hand».

Der *Wettbewerb* soll verbessert werden durch ein «wirksames Kartellgesetz», und ein «*straffes Unternehmensrecht*» müsse Machtballungen verhindern und Transparenz schaffen.

«*Gesellschaftliche Kontrolle*» der *Produktionsmittel* ist Hauptthema des Abschnitts «Verfüugungsmacht». Die SPS schlägt *drei konkrete Schritte* vor, um die Produktionsmittel von der «alleinigen privaten Verfügungsgewalt» in die «gesellschaftliche Kontrolle» (lies: Verfügungsgewalt) zu überführen.

Der erste Schritt besteht in der *Mitbestimmung der Arbeitnehmer* auf allen Stufen. Arbeitsgesetzgebung und Gesellschaftsrecht müssten entsprechend geändert werden. Verlangt wird aber mehr als Mit-Bestimmung, soll doch «die Herrschaft des Kapitals durch die *Selbstbestimmung der Beschäftigten*» ersetzt werden. In grossen und komplexen Unternehmen will die SPS die «Wirtschaftsdemokratie»

durch «interne Dezentralisierung in überschaubare Arbeitsbereiche» entwickeln.

Der zweite Schritt liegt in der *Kapital- und Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer*. Die Kapitalerträge kämen nicht mehr «ausserstehenden Aktionären» zu, sondern würden jährlich einem Fonds der Belegschaft zugewiesen. «Dabei verlassen diese neuen Reserven oder das neue Beteiligungskapital das Unternehmen nicht, sie werden neutralisiert». Dieses «Kapitalbeteiligungsmodell» dient ebenfalls – doppelt genährt hält besser – der «schrittweisen Überführung der Produktionsmittel in die gesellschaftliche Verfügungsgewalt (Rote Revue 10/1982, S. 12). Derart werde «die politisch unüberwindbare *Enteignungsfrage* (sic!) ... zu einer Übergangsstrategie konkretisiert» (ebd.)

Als dritten Schritt zur «Wirtschaftsdemokratie» werden *selbstverwaltete und genossenschaftliche Betriebe vorgeschlagen*. Die Selbstverwaltung werde am einfachsten durch «Neugründung von Betrieben» erreicht. Doch sei auch «erstrebenswert, *bestehende Unternehmen schrittweise in selbstverwaltete Organisationsformen zu überführen*». Schliesslich böten Genossenschaften und gemeinwirtschaftliche Unternehmen «Ansätze zur Einführung von Selbstorganisationen» (Programm 1982, S. 42).

Im Bereich «Arbeiten und Leben» fordert die SPS in erster Linie vermehrtes Weitergeben des wirtschaftlichen Fortschritts «durch *kürzere Arbeitszeiten* an die Lohnabhängigen», konkret «kürzere Wochenarbeitszeiten, mehr Ferien, mehr Pausen, flexibles Rentenalter, längere

Berufsausbildung und Weiterbildung», ferner «neue Formen der flexiblen Arbeitszeit- und Einkommensgestaltung», z. B. Teilzeitarbeit und «Stellengemeinschaft» (zwei Personen teilen sich in eine Arbeitsstelle).

Finanzpolitik: Im Verständnis der SPS steht die Finanzpolitik der öffentlichen Hand im Dienste ihrer gesellschaftspolitischen Ziele. Folgerichtig hat die Steuerpolitik «nicht nur die notwendigen Einnahmen sicherzustellen; sie muss auch auf den *Abbau der Einkommens- und Vermögensunterschiede* ausgerichtet sein». Gerechte Besteuerung heisst für die SPS

- weitgehende materielle Harmonisierung der Steuern in der ganzen Schweiz,
- starker Finanzausgleich zwischen den Regionen,
- getrennte Besteuerung von Mann und Frau,
- Steuerbefreiung für Einkommen unter dem Existenzminimum,
- starke Progression für hohe Einkommen und Vermögen,
- Kapitalgewinnsteuer,
- massive Erbschafts- und Schenkungssteuern für grosse Beträge,
- wirksame Vorkehrungen gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung (Auskunftspflicht der Banken).

Bei den indirekten Steuern soll der Grundbedarf weitgehend befreit, der Luxusverbrauch hingegen höher belastet werden, desgleichen der «umweltbelastende Verbrauch» (ebd. S. 45, 46).

Sozialpolitik: Gemäss SPS umfasst eine moderne Sozialpolitik nicht nur das Arbeitsrecht und die Sozialver-

sicherung, sondern auch «Sozialrechte und vielfältige soziale Dienstleistungen und Massnahmen». Das Netz der Sozialversicherungen weise *zahlreiche Lücken*, die Krankenversicherung *bedenkliche Mängel* auf. Daher wird eine Krankenversicherung verlangt, «die obligatorisch und solidarisch, universell und entsprechend der Einkommensstärke finanziert wird, ohne Differenzierung nach Geschlecht und Risiko» (ebd. S. 71).

Die Sozialversicherungen seien so zu koordinieren, dass «ohne Rücksicht auf die Ursache der Einkommensausfälle einheitliche Leistungen gewährt» werden. Diese Leistungen «haben die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise zu gewährleisten». Im übrigen sollen die Sozialversicherungen ganz allgemein «der *Idee der Umverteilung von Einkommen*» dienen (ebd. S. 47). Der Vollzug der Sozialversicherungen wäre «dezentralisierten Strukturen» anzuvertrauen, d. h. Kantonen, Gemeinden «und anderen Institutionen unter Einbezug der Betroffenen und deren Selbsthilfebewegungen» (ebd. S. 48).

Um «Schäden der bestehenden Wirtschaftsordnung» zu vermeiden, möchte die SPS *Sozialrechte in der Verfassung* verankern, namentlich die Rechte auf Arbeit, «auf Wohnung und Lebensbedarf allgemein», auf Bildung sowie den «Schutz von Familie und jeder anderen Gemeinschaft von Individuen».

Privateigentum, Bodenrecht, Wohnpolitik: Nach dem SPS-Programm gelten als schützenswertes *Privateigentum* nur noch das «Eigentum am selbstbewirtschafteten Betrieb, zum

Beispiel in Gewerbe und Landwirtschaft, selbstbewohntes Eigentum und Eigentum von Gegenständen, die der Lebensentfaltung im persönlichen Bereich dienen».

Die Partei will ein «*gemeinnütziges Bodenrecht*» schaffen (ebd. S. 57). Darnach darf Boden «nur zum Eigengebrauch bei nachgewiesenem Bedarf oder zur Bereitstellung preisgünstiger Wohnungen erworben werden». *Landwirtschaftsland* darf ausschliesslich «durch landwirtschaftliche Selbstbewirtschafteter zum Eigengebrauch erworben werden»; zudem muss es einer *Preiskontrolle* unterstellt werden.

Die *öffentliche Hand* erhält «für gesellschaftliche Aufgaben das *Vorkaufsrecht am Boden*, und zwar zum Ertragswert» (ebd. S. 53).

In der *Raumplanung* wird «eine echte Mitbestimmung» gefordert, d. h. eine «demokratische gesellschaftliche Kontrolle» für Besiedlung und Überbauungen. Endlich ist das «*genossenschaftliche Hauseigentum*» zu fördern, da sich im Wohnbereich «zahlreiche Möglichkeiten der kollektiven Selbsthilfe, der Selbstorganisation und Selbstverwaltung» ergäben. Die *Stellung des Mieters* müsse vordringlich verbessert werden. Konkret postuliert wird die «Freiheit des Mieters zur Gestaltung von Wohnung und Wohnumgebung (verbunden mit Kündigungsschutz)».

Mitarbeit im staatlichen Bereich

Für die SPS ist der Staat «primär ein Garant der sozialen Sicherheit und des sozialen Ausgleichs», die «Instanz für die gesellschaftliche Rahmenplanung im Gemeinwesen» (ebd. S. 23) und damit eine «Instanz der gesellschaftlichen

Reformen» (S. 22). Die Sozialdemokraten möchten die *Verfassungsinitiative*, d. h. das Abstimmungsverfahren mit Gegenvorschlag des Bundesrats «und das *System des Ständemehrs*» ändern und zudem die *Gesetzesinitiative* einführen. Die «*Gleichwertigkeit von National- und Ständerat*» soll abgeschafft werden. Die *Totalrevision der Bundesverfassung* hätte «die demokratischen Entscheidungsprozesse» zu stärken und auszudehnen, «insbesondere auf den Bereich der Wirtschaft». Im übrigen sei «das Prinzip der Selbstverwaltung... auch im Staat sinngemäss realisierbar». (Einleuchtende Möglichkeiten werden allerdings nicht aufgeführt.)

Die *Regierungsbeteiligung* sei für die SPS ein Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele. Sie bringe Einfluss und Informationen, ermögliche Veränderung und trage zum Abbau der Entfremdung zwischen Bürger und Staat bei. Fragwürdig werde der Einsitz in der Regierung allerdings, «wenn das *Kollegialprinzip* allzu starre Formen hat und der politischen Bewegungsfreiheit des einzelnen Mitgliedes keinen Spielraum mehr lässt. Der Preis der Regierungsbeteiligung wird für uns dann zu hoch, wenn die Partei in ihrer Handlungsfreiheit so eingeschränkt wird, dass es nur noch zur Absegnung bürgerlicher Regierungspolitik kommt. Ist unsere Partei *als Minderheit* in einer Regierung beteiligt, so muss sie sich die *Freiheit* nehmen, *auch als Opposition zu wirken*» (ebd. S. 28, 29).

Den SP-Mandatträgern gibt das Programm im Abschnitt «Amt und Partei» reichlich bemessene Pflichten und Rechte «auf den Weg». Sie dürfen als *imperatives Mandat* interpretiert werden. Jedenfalls ist ein SP-Mandat-

träger in erster Linie stets der Partei verantwortlich (ebd. S. 30, 31).

Aufbau und Pflege einer sozialistischen Subkultur

Für die SPS schaffen staatliche Aktivitäten allein noch kein politisches Bewusstsein. Dieses bilde sich vielmehr in Betrieben, Quartieren, Gemeinden und ähnlichen Begegnungsorten. Deshalb lege die Partei grosses Gewicht auf «*ausserstaatliche Aktivitäten*», d. h. auf die Arbeit «in und mit den Gewerkschaften, kulturellen Organisationen, Genossenschaften, Bürgerinitiativen, Selbstverwaltungs-Betrieben, lokalen Gruppen und privaten Vereinigungen, die von ihrer Betroffenheit her an einem konkreten Thema arbeiten» (ebd. S. 27).

Ebenso bedeutsam sei «die Anwendung basisdemokratischer Arbeitsformen auch in der eigenen Partei», die parteiinterne Bildung sowie die «Verbindung der politischen Arbeit mit gesellschaftlichem *Zusammensein*» (S. 34), ferner «gemeinsames Verbringen der Freizeit». Denn «für die Existenz der Sozialdemokraten ist die Pflege einer politischen Kultur entscheidend».

Eingehen von Bündnissen mit geeigneten Partnern

Wie jede andere Partei in der Schweiz, brauche die SPS Bündnispartner, um ihre Ziele (ganz oder teilweise) durchzusetzen. *Traditionelle Partner* seien die *Gewerkschaften* und die «*Arbeiter-Kultur- und Sportorganisationen*». Letztere seien «Vorfeldorganisationen der Arbeiterbewegung». Mit dem schweizerischen Gewerkschaftsbund werde auf

allen Ebenen das Gespräch und das Aktionsbündnis gesucht. Die SPS bemühe sich, «dass die Gewerkschaften nicht einem politischen Neutralismus verfallen, der in unserer Gesellschaft die Anliegen der Arbeiterbewegung schwächen würde». Verbindungen zu anderen Arbeitnehmer-Organisationen «sowie zu allen anderen Organisationen der demokratischen Linken» sucht die Partei, «wo die Verbindungen zu den traditionellen Bündnispartnern nicht Schaden leiden».

Neue Partner glaubt die SPS zu finden in «Bürgerinitiativen, Alternativ-, Umweltschutz-, Frauen-, Drittwelt- und Friedensbewegungen, in Konsumenten- und Mieterorganisationen oder Wohnbau- und anderen Genossenschaften». Sie wolle sich diesen Gruppierungen öffnen, mit ihnen «in Einzelfragen punktuell Bündnisse eingehen» und in «themenorientierten Arbeitsgemeinschaften» zusammenarbeiten.

In Betracht gezogen wird endlich eine *Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien*, jedoch nur mit jenen, «die sich zur parlamentarisch-pluralistischen Demokratie und zu den Bürgerrechten und Bürgerfreiheiten bekennen». Falls sich ihre Abkehr vom sowjetischen Kommunismus als glaubwürdig erweise, bestehe «die Chance, dass die historische Spaltung der Arbeiterbewegung überwunden werden kann» (ebd. S. 25).

Summarische Würdigung

Philosophische Grundlagen und Zielsetzungen

Die Mehrheit der Programmkommission hat die Grundlagen mit

Ekklektizismus umschrieben. Das Geleitwort des Programms geht gleich zum *Relativismus* über: Das SPS-Programm sei (jeweils) «eine Zusammenfassung der in der betreffenden Zeitepoche als gültig erachteten weltanschaulichen Grundlagen und eine Darstellung der Leitideen, die von einer möglichst breiten Mitgliedschaft als Handlungsbasis akzeptiert werden können» (ebd. S. 2). Man stösst auf zwei geistige Hauptkomponenten, auf die schottische Aufklärung und auf Theorien von Marx/Engels; hinzu kommen einige «Wirk- und Würzstoffe» pour les besoins de la cause.

In der *schottischen Aufklärung* (100 Jahre vor Marx) gründet die Definition des Menschen als «animal labors», d. h. arbeitendes Wesen und Motor und Subjekt der Geschichte. Und ebendort schon wurde die Abhängigkeit des Menschen und seines Denkens von den wirtschaftlichen Verhältnissen («Das Sein bestimmt das Bewusstsein») hervorgehoben. Adam Smith schrieb schon, Eigentum und Regierung seien in hohem Masse voneinander abhängig.

Auf *Marx und Engels* ist die zweite im SPS-Programm immer wieder aufleuchtende Auffassung zurückzuführen, wonach die Menschen die Geschichte selbst machen und sich und ihr Schicksal in eine lichte Zukunft führen, ins Reich der Freiheit. *Heilsgeschichtlich anmutende Erwartungen* brechen durch: *Man kann eine gerechte, heile Gesellschaft herbeiorganisieren und herbeipolitisieren*. Sie entsteht durch die Überwindung des Urteufels Kapitalismus, durch Totaldemokratisierung und Selbstverwaltung.

Die als Wirk- und Würzstoffe bezeichnete dritte Komponente umfasst

die für den Wahlausgang als nützlich erachteten *diversen* «-logien», «-ismen», «-initiativen» und «-Bewegungen».

Auf diesen Grundlagen möchte die SPS «eine sozialistische Schweiz auf Selbstverwaltungsbasis» errichten (Rote Revue 10/1982, S. 12).

Wege zum Ziel

Das politische Allheilmittel zum Zweck sieht die SPS in der Totaldemokratisierung aller Lebensbereiche. «Demokratische Kontrolle», «Demokratisierung», «Selbstverwaltung», oft tautologisch verwendet: man findet solche und ähnliche gebetsmühlenhaft wiederholte Beschwörungsformeln fast auf jeder Seite des Programms. Doch was bedeuten sie anderes als die *Politisierung jeden Lebenssachverhalts*, die *fast vollständige Enteignung von privatem Besitz*, die *Nivellierung sämtlicher Unterschiede*, eine herbeiorganisierte *Gleichmacherei*, einen *bürokratisch-technokratischen Dirigismus*?

Seit der Antike bis in die Gegenwart wird die abendländische Sozialordnung bestimmt durch die Unterscheidung von «Polis» (Staat) und «Oikos» (Haus bzw. Gesellschaft), von Politischem und Nichtpolitischem. Die abendländische Geschichte war und bleibt ein Kampf um diese Grenzziehung. Grenzverschiebungen hat es immer wieder gegeben. Der moderne Verfassungsstaat mit seinen Grundrechten ist im Kampf gegen den Absolutismus entstanden. Will die SPS das Rad der Geschichte zurückdrehen?

Der Staat, die «Polis», ist der *Bereich der Gleichen und Gleichwertigen*. Der «Oikos», das Haus bzw. die

Gesellschaft ist der Bereich der Ungleichen, aber Gleichwertigen. Konkret gemeint sind alle *Sozialtatbestände* und ihre *Institutionen* (Familie, Schulen, Universitäten, Spitäler, Arbeitswelt usw.) Die Übertragung von Strukturen und Kategorien, die nur auf das Miteinander von Gleichen passen, auf nicht- oder vorpolitische Sozialtatbestände, würde die Grenze zwischen Öffentlichem und Privatem, zwischen Politischem und Unpolitischem, zwischen Staat und Gesellschaft aufheben und straks in einen *neuen Absolutismus* führen. Will das die SPS? ⁵

Abschied von der Volkspartei?

Die SPS ist gross geworden als Ausdruck einer Bevölkerungsgruppe, die in der schweizerischen Industriegesellschaft ihr Schicksal selbst in die Hand nahm, solidarisch zusammenstand und sich aus eigener Kraft emporarbeitete. Von diesem Elan ist im neuen Programm wenig zu spüren. Statt dessen werden soziale Hängematten gefordert, in denen man das Leben sicher und risikolos verbringen könnte. *Aber* – ich zitiere einen Sozialdemokraten – «*die politischen Anhänger der Sozialdemokratie sind keine Millionenschar von Pflegefällen*. Wer sie so einschätzt, der stösst sie vor den Kopf und wird sich mit Minderheiten in der Bevölkerung begnügen müssen». Das war an die bundesdeutsche Sozialdemokratie adressiert, passt aber ebensogut auf das helvetische Pendant. Desgleichen eine andere Mahnung des selben Autors: «*Die Bürger wollen vom Staat eher in Ruhe gelassen werden, als dass sie etwas Gutes von ihm erwarten*. Die weitaus meisten Menschen trauen es

sich selber zu, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu zimmern. Wenn man ihnen die Freiheit dazu lässt, dann verzichten sie gerne auf die staatlichen Krabbelkisten, die ihnen überall angeboten werden – vor allem von der SPD» (SPS)?⁶.

Dem ist hier das Bedauern darüber beizufügen, dass die Auseinandersetzung mit dem neuen Programm der demokratischen Linken wenig ergibt. Sieht man von einigen Passagen des analytischen Teils ab, mutet dieses Programm wie ein *Findling aus den späten sechziger Jahren* an, wie ein *helvetischer Spätzünder*. Der Eindruck des «*déjà vu*» überwiegt. Sollte die SPS ihr Programm als bare Münze nehmen, hätte sie ihren Abschied von der Volkspartei vorprogrammiert. Denn Ideen und Vorstellungen, sind sie einmal «in die Welt entlassen», haben ihre Eigengesetzlichkeit, entwick-

keln ihre Eigendynamik. Die Konsequenzen liegen auf der Hand.

Urs C. Reinhardt

¹ Ebd. S. 6–7. Als Autoren werden aufgezählt Bichsel/Künzli/Masnata/Schild/Walter/Niederhauser. – ² Gemeint ist der Entwurf der unter Anm. 1 erwähnten Autorengruppe. – ³ Gestrichen wurde der Abschnitt «Feminismus gehört zum Sozialismus». Neu aufgenommen wurden die Bereiche Familienpolitik, Jugendpolitik, Berggebiets- und Randregionen-Politik sowie Friedenspolitik. – ⁴ Vgl. dazu Nationalrat F. Schlegel in Rote Revue/Profil 11/1982, S. 6 Sp. 2. – ⁵ Dazu Wilhelm Hennis, «Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs», in: «Die missverstandene Demokratie», Herderbücherei Bd. 460, Freiburg i. Br. – ⁶ Ulrich Lohmar, «Die drei ‚Todsünden‘ der Sozialdemokratie», in FAZ 23. März 1983, Seite 12.

**Jede Sache
vernünftig versichert:**
winterthur
versicherungen